

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis: mit Multipler Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleglohn. Telefon-Sammelnummer 72206 — **Vollständigkeitskonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher, Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 72206

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorrat 40 Pfg. Stellenangebote 10gep. Kolonelle 25 Pfg. Familiennachrichten von Verwaisten die 10gep. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10gep. Kolonelle 40 Pfg. bei Platzvorrat. 50 Pfg. Reklamezeile 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Trotz Demokratie: Das Kapital diktiert!

Die Arbeiterregierung vor dem Sturz

SPD Oslo, 7. Februar.

Die norwegische Arbeiterregierung wird wahrscheinlich am Freitag demissionieren. Maßgebend für diese Absicht ist der Verlauf der am Dienstag im Storting begonnenen Debatte über die in der vergangenen Woche abgegebene Regierungserklärung. Die linke Bürgerpartei ließ ihre anfängliche Forderung, die Arbeiterregierung unter gewissen Bedingungen zu unterstützen, zurückziehen und stellte gleichzeitig einen Misstrauensantrag.

Vor dem Stortinggebäude begehrten schon in den ersten Vormittagsstunden des Dienstag Hunderte von Menschen Einlass. Ganz Norwegen wartete mit großer Spannung auf den Verlauf der Debatte. Als erster Redner bestieg kurz nach 10 Uhr vormittags der Führer der Linken Rowinkel die Tribüne. Anfänglich hatte man erwartet, daß seine Partei der Arbeiterregierung wenigstens auf abschbare Zeit die Möglichkeit zur sachlichen Arbeit geben werde. Rowinkel, der auf dem rechten Flügel seiner Partei steht und zu den besitzenden Schichten des Volkes gehört, hat aber am Montag in seiner Fraktion einen Beschluß gegen die Regierung durchgesetzt. Er erklärte deshalb zu Beginn seiner Ausführungen, daß seine Partei eine Arbeiterregierung unter dem Druck der Banken nicht länger dulden könne. Die eigentliche Regierungserklärung bezeichnete er als einen Sieg der Parteileitung über den gemäßigten Teil der Partei. Dazu kommt, daß diese Erklärung eine sehr ernste finanzielle Lage geschaffen habe. Eine große Kapitalflucht hätte in den letzten Tagen eingesetzt, und in Bankstellen zeigte man eine überaus große Nervosität. Die Kapitalflucht sei zwar als Landesauswanderung zu betrachten, aber leider sei mit ihr zu rechnen. Infolgedessen könne die Linke eine moralische Verantwortung für die Arbeiterregierung nicht länger übernehmen. Sie lehne aus dieser Auffassung die Konsequenzen, indem sie beantrage, der Regierung das Misstrauen auszusprechen.

Auf diese sensationelle Rede antwortete der Führer der Arbeiterpartei Madsen. Statt Sozialität wälten zu lassen, habe man der gegenwärtigen Regierung gegenüber sozialen Forderungen mit Eisennägeln angewandt, um das Volk zur Steidigkeit zu bringen. Es sei außerordentlich bedauerlich, daß die bürgerliche Linke dem Druck unverantwortlicher Finanzmagnaten nachgegeben habe. Auch das zeigte, daß es sich hier um Gegensätze zwischen alter und neuer Zeit handle. In scharfen Ausdrücken charakterisierte Madsen dann in aller Ausführlichkeit die in den letzten Jahren von dem Rechtskabinett getriebene reaktionäre Politik. Diese Politik sei insbesondere gekennzeichnet gewesen durch eine schlüssige Finanz- und Destinationspolitik. Erst dadurch wäre die große Verschlebung bei den letzten Wahlen möglich gewesen. Aber trotzdem führe man jetzt eine unverantwortliche Agitation gegen die Arbeiterregierung. Diese Agitation bilde den Ursprung der gegenwärtigen Unruhe im wirtschaftlichen Leben; auf sie und nur auf sie sei der Sturm auf die Banken zurückzuführen.

Der Führer der Rechten erklärte dann, daß seine Fraktion für den Antrag Rowinkel stimmen werde. Im gleichen Sinne äußerte sich der Führer der Agrarier. Das Schicksal der Regierung ist damit besiegelt. Wer die Arbeiterregierung nimmere erleben wird, ob eine bürgerliche Koalitionsregierung oder eine Bauernregierung als Minderheitskabinett, ist vorläufig noch unbestimmt.

Von viel kürzerer Dauer als das vor über drei Jahren gescheiterte Experiment der englischen Arbeiterregierung ist das gewagte Experiment der Arbeiterregierung in Norwegen gewesen. Noch heute, spätestens aber morgen wird es her Geschichte angehören. Die bürgerlichen Parteien sind sich einig, einem Misstrauensantrag der bürgerlichen „Linken“partei geschlossen ihre Stimme zu geben. Wenn sie schon unsicher sind, das Land aus der wirtschaftlichen und politischen Krise, in die es ihre Regierungsmißwirtschaft gebracht hat, wieder herauszuführen, so sind sie doch fähig, die Arbeit einer sozialdemokratischen Arbeiterregierung zu sabotieren.

Nur als Minderheitsregierung konnte das Arbeiterkabinett Hornstved seine Tätigkeit aufnehmen. Von 160 Mandaten besetzt die Arbeiterpartei nur 59, während die Linke 31, die Partei der Großgrundbesitzer 28 und die Gruppe der Rechten ebenfalls 31 zählt. Bevor die Arbeiterpartei mit der Kabinettsbildung beauftragt wurde, haben die Bürgerlichen versucht, ohne ihre Unterstützung weiter zu regieren. Sie haben sich nicht einigen können und erst dann wurde die Hilfe der Arbeiterpartei angerufen. Die mit einem großen Erfolg aus den letzten Wahlen hervorgegangene Arbeiterpartei erklärte sich bereit, bildete das Kabinett und obwohl sie sich um die Wänsche und Forderungen der bürgerlichen Parteien zu kümmern, formulierten sie ihr Regierungsprogramm, das dem sozialdemokratischen Kabinett als Grundlage seiner Politik dienen sollte: Fall der Zuchtengesetze, gerechtere Steuerverteilung, Einschränkung des Militarismus bis zur völligen Abtötung, Erleichterung der Schuldenlast der Kleinbauern, Einführung des Getreidemonopols, Hilfe für die Fischer. Das ist ein Programm, bei dem die Arbeiterpartei von vornherein mit Schwierigkeiten der bürgerlichen Parteien rechnen

musste. Sie sind gekommen und über sie wird das Kabinett stürzen. Der Sozialdemokratische Pressebericht bemerkt dazu:

„Einen solchen Ausgang mußte man eigentlich erwarten, nachdem die Arbeiterpartei, die nur über eine Minderheit im Storting verfügt, die Regierung angetreten hatte, ohne sich zu vormitzulegen einer der übrigen Gruppen über ein Programm zu verständigen, auf dessen Grundlage ihr wenigstens für eine gewisse Zeit die Aufrechterhaltung der Macht möglich gewesen wäre. Sie war wohl der Ansicht, daß es ihr ähnlich wie seinerzeit dem Kabinett MacDonald in England gestattet sein würde, für eine bestimmte Frist am Ruder zu bleiben, und bedachte nicht, daß der Klassenkampf in ihrem Lande sich in dem politischen Verhalten der Bürgerlichen noch sehr viel schärfer ausprägt als es in Großbritannien der Fall ist.“

Das klingt fast so, als hätte die sozialdemokratische Arbeiterregierung ihre Lebensdauer verlängern können, wenn sie vorher mit einer der bürgerlichen Parteien verhandelt hätte. Wohl möglich, aber diese „fille“ Koalition mit einer der bürgerlichen Parteien hätte bestimmt erkaufen werden müssen durch politische Konzessionen, die eine klare Politik für die proletarische Bevölkerung, die dieses Programm unmöglich gemacht hätten. Aber die Beseitigung der reaktionären Gesetzgebung, die Wahrnehmung der proletarischen Interessen gegen die Interessen der Großgrundbesitzer und des Großkapitals war der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Norwegen wichtiger, als eine Koalition, in der ihr die Hände gebunden gewesen wären. Sie lehnte sie ab und muß nun erleben, daß ausgerechnet die „Linke“ der bürgerlichen Parteien aus erste einen Misstrauensantrag formuliert, auf den sich die übrigen Reaktionen einigen.

Nach ein Anderes und Wichtigeres lehrt die kurze Dauer der Arbeiterregierung. Allein die Übernahme der Regierungsgeschäfte durch sie genügte, um das Groß- und Finanzkapital zu einer großartigen Sabotage ihrer Arbeit zu veranlassen. Man es Angst gewesen sein davor, daß wirklich durchgreifende steuerliche Maßnahmen zu erwarten sind, oder mag es der bewusste Vorschlag gewesen sein, der sozialdemokratischen Arbeiterpartei wie dem ganzen Volke zu zeigen, daß nicht das Parlament und seine auf Grund eines „demokratischen“ Wahrspruchs gewählten Vertreter, sondern die Kapitalisten in Wahrheit die Macht in den Händen haben. Die Finanz- und Großkapitalisten begannen mit einer großartigen Kapitalflucht. Eine patriotische Sabotageaktion, die durch die norwegischen Banken noch dadurch unterstützt wurde, daß sie durch eine Heraushebung des Diskonts das Kapital im Lande verteuerten. So zeigt denn das norwegische Experiment, daß die kapitalistische Klasse alle Demokratie nur so lange achtet, als sie ihren Interessen keinen Abbruch tut und diese Demokratie sofort in alle Winde bläst, sobald sie die Arbeiterklasse an die Macht bringt und die führende Partei des Proletariats gewillt ist, diese Macht auch politisch und ökonomisch auszunutzen. Es zeigt weiter, daß in diesem Falle die „Linke“ der bürgerlichen Parteien als die Vertreterin des Großkapitals eine ebenso einschlässige Verächterin der Demokratie ist wie die Rechte, es zeigt, daß in einem Lande mit außerordentlich stark entwickelten Klassengegensätzen die kapitalistischen Schichten, die durch die verschiedenen bürgerlichen Parteien vertreten werden, in dem Augenblick einig sind, in dem sich das Proletariat anmacht, mit Hilfe der politischen Demokratie erungene Erfolge für seine Klasse auszunutzen.

Wieder ein Fememord aufgedeckt

SPD Berlin, 8. Februar. (Radio.)

Eine Berliner Korrespondenz meldet, daß es nach fast acht Jahren gelungen ist, in der Nähe von Greifenhagen in Bornheim einen neuen Fememord aufzudecken. In der genannten Stadt ließ zu Beginn dieses Jahres eine Anzeige ein, nach der an einer bestimmten Stelle in der Umgebung von Greifenhagen die Leiche eines im Jahre 1920 ermordeten Kohlhändlers, und zwar eines gewissen Paul Schmidt, vercharret liege. Die sofort angestellten Ermittlungen ergaben die Richtigkeit dieser Behauptungen, so daß gegen eine Reihe von Personen, die als Beteiligten und Anstifter zu diesem Mord verdächtigt sind, ein Haftbefehl erlassen werden konnte. Es handelt sich dabei durchweg um ehemalige Angehörige einer Kohlhändlerformation, die im Jahre 1920 nach dem Kapp-Putsch auf Gütern bei Greifenhagen untergebracht waren. Der von der Staatsanwaltschaft Steinfurt erlassene Haftbefehl richtet sich gegen den Leutnant a. D. Edmund Heine, den früheren Feldwebel Hans Otto, den früheren Unteroffizier Johann Bogt und den Arbeiter Max Olschewsky.

Nach einer weiteren Korrespondenzmeldung ist am Montag in dem letzten der nach „nicht“verhandelten Fememordprozesse, im Fall Dehner, die Voruntersuchung gegen Oberleutnant a. D. Nicolaus Reim und Feldwebel a. D. Boh abgeschlossen worden. Die Akten sind zur weiteren Beschlußfassung und Ansetzung des Termins dem Landgericht III zugeleitet worden. Es ist zu erwarten, daß der Prozess noch in diesem Frühjahr verhandelt wird. Wie der Korrespondenz aus Schwerin weiter gemeldet wird, hat Oberleutnant v. Schöler, der im ersten Fememordprozess unter Ausschluss der Öffentlichkeit zum Tode verurteilt worden war, jetzt den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt. v. Schöler war durch die medlenburgische Regierung zur lebenslangen Zuchthausstrafe verurteilt worden.

Das „Recht auf die Macht“

Gegen die Koalitionsgefinnung

In der neuesten Nummer des Kampfs, der sozialdemokratischen Monatschrift in Oesterreich, behandelt Genosse Max Adler in einem Artikel die vom Genossen Renner auf dem letzten österreichischen Parteitag geforderte Koalition der Sozialisten. Er unterzucht vor allem eines der Hauptargumente der Befürworter einer Koalitionsregierung, nach dem das Proletariat ein „Recht auf die Macht im Staate“ habe. Da dieses „Argument“ auch in Deutschland in den kommenden Koalitionsdebatten wieder zu hören sein wird, sei nachstehend zu Recht und Lehr ein Auszug aus dem Artikel des Genossen Adler wiedergegeben.

Die Redaktion der Volkszeitung.

Das moderne Hauptargument für die Koalitionsgefinnung und Koalitionspolitik ist, daß das Proletariat eine so große und wichtige Klasse im modernen Staate geworden ist, daß es ein Recht auf die Macht im Staate hat, daß ihm ein seiner sozialen Bedeutung entsprechender Anteil an der Regierung gebührt. Und es ist überaus bezeichnend für den Mangel an marxistischer Bildung in den heutigen Massen des Proletariats, sowie für den damit zusammenhängenden Mangel an revolutionärem Klassenbewußtsein, daß dieses Argument zu den wirkungsvollsten in der Agitation für die Koalitionsbereitschaft gehört. Indem es sich an das naive Rechtsbewußtsein der Massen wendet, übt es auf große Teile derselben eine geradezu bestechende Wirkung aus.

Diese Lehre von dem guten Rechte des Proletariats auf einen „Anteil am Staate“ klingt dem Arbeiter überzeugend ins Ohr, weil es selbstverständlich und richtig ist, daß der Arbeiter dieses Recht für sich beansprucht. Aber es ist schon durchaus nicht ebenso selbstverständlich, daß auch die herrschenden und bestehenden Klassen, die ihm bis heute dieses „Recht“ vorenthalten haben und weiterhin vorenthalten, ebenso überzeugt sind, daß das Proletariat ein Recht auf Anteil an der Herrschaft habe. Schon hier steht man, daß diese ganze Ideologie des Rechtes einen eigenartigen Staatsbegriff voraussetzt, nämlich den Staat als eine Gemeinheitsform, die jedem das Seine zuteilt, was aber keinesfalls dem wirklichen, historischen Staate entspricht. In diesem hat jede Klasse nur so viel Anteil an der Herrschaft, als sie sich selbst durch ihre Macht und erforderlichenfalls Gewalt verschaffen kann. Im wahren Sinne des Wortes geht hier Gewalt vor Recht, das heißt die Klassengewalt schafft das Recht. Es ist daher kein Wunder, daß Renner und mit ihm die ganze neureformistische Richtung mit dem marxistischen Staatsbegriff, wonach der Staat die Herrschaftsorganisation der bestehenden Klassen ist, nichts mehr anzufangen weiß, und meint, daß man hier „umlernen“ müsse. An Stelle der „allgemeinen, irgendwo (!) zusammengelesenen Marx- und Engelszitate“ müsse man „das Neue und Eigenartige erfassen“, nicht aber immer nur das Alte wiederholen, und das erst sei der „wahre“ Marxismus. Und was ist dieses Neue? Daß der Staat „kein Begriff“ ist, sondern etwas Reales, eine Gebietskörperschaft, gegliedert in Bund, Land und Gemeinden, so daß also die Landes- und Gemeindeverwaltungen auch „ein Stück des Staates“ sind. Wenn also das Proletariat in diesen Verwaltungen herrscht oder auch nur großen Einfluß hat, dann gehört die Staatsgewalt nicht mehr den bestehenden Klassen allein, sondern sie ist geteilt zwischen den Klassen. Wien ist zum Beispiel ein solches Stück des Staates. Wird nun jemand behaupten, ruft Renner aus, daß unsere Stadträte in Wien ein Vollzugsorgan der kapitalistischen Gesellschaft sind?

Wenn das „das Neue und Eigenartige“ ist, was wir zu lernen haben, dann könnte man noch eigenartige Fragen stellen. Renner steht bei seiner Bezeichnung der Länder und Gemeinden als ein Stück des Staates ganz davon ab, daß es sich bei dem Sage von Marx, wonach die Regierung nur ein Vollzugsorgan der herrschenden Klassen sei, eben um eine staatliche Regierung handelt, das heißt um die Aufrechterhaltung nicht nur einer bestimmten Rechtsordnung, sondern des diese tragenden ökonomischen Systems, eben der kapitalistischen Wirtschaft. Bei den Ländern (Adler spricht hier von den Ländern in Oesterreich, die bei weitem nicht die staatliche Selbstständigkeit besitzen wie in Deutschland und deren Regierungen tatsächlich nur reine Verwaltungsarbeiten zu erledigen haben. D. R. d. B.) und Gemeinden handelt es sich dagegen in erster Linie um bloße Verwaltungsinstrumente dieses staatlich geschützten ökonomischen Systems, und alle Hoheitsrechte, die diese Körperschaften haben, können verfassungsmäßig ebenfalls nur innerhalb und nicht gegen die Staatsgrundlage ausgeübt werden, so daß sie schon dadurch allein Vollzugsorgane der herrschenden Staatsordnung sind. Wenn man aber hier von abzieht, kann man auch jede Organisation und jeden Verein ein Stück des Staates nennen.

Eine sozialistische Gemeinde ist selbstverständlich kein Herrschaftsorgan der bestehenden Klassen, weil sie ja heute nur eine Kampforganisation gegen sie ist. Man

Mieter vor die Front!

„Die Geißel der Agitation“

Berlin, den 7. Februar 1928.

So bezeichnete Herr Hergt, der Justizminister der Republik, den Kampf der Linksparteien gegen die Verschlechterung des Mieterschutzes, insbesondere die scharfe Gegenwehr, die von der Sozialdemokratie geführt worden ist. Herr Hergt war bereit Meister in der Handhabung dieser „Geißel“. Dadurch sind den Deutschnationalen tausende Inflationsoffer ins Garn gelaufen. Durch die Aufwertungsgeheißung wurde ihnen nahezu alles genommen, trotz der hundertprozentigen Versprechungen in Tausenden von Versammlungen, in Millionen von Flugblättern, die streupflos in das Land hinausgeschleudert wurden. Jetzt gilt es, den Entrechteten von 1925 und all den Opfern der kapitalistischen Gesellschaft auch noch das Wohnrecht zu schmälern. Da tritt Herr Hergt auf die Tribüne des Reichstages hin und wütet gegen die „Geißel der Agitation“.

Das ist der Gipfel der Heuchelei, der Höhepunkt in der Vertretung der Hausbesitzerinteressen. Und der Bürgerblock stimmt freudig zu. Wenn es gilt, die Gewinnler der Großen und Größten zu schützen, dann sind die wüsten Methoden der Agitation gerade recht und wenn die Agrarier schreien und schreien, dann hält das Herr Hergt für die selbstverständliche Sache der Welt. Sobald aber die Enterbten, die Opfer des Großkapitals, gegen neue Verschlechterungen ihres Lebensstandards ankämpfen, dann schwingen sie die „Geißel der Agitation“.

Der Entwurf für Verschlechterung des Mieterschutzes bewege sich durchaus auf dem goldenen Wege der Mitte, so erklärte der Justizminister des Reichsbürgerblocks mit der Miene des Biedermannes. Er bringe „Verbesserungen für beide Teile“, für die Mieter sowohl wie auch für die Hausbesitzer. Solche „Verbesserungen“ haben wir im Verlaufe der Jahre schon vielfach erlebt. Wertwirdig nur, doch durch diese „Verbesserungen“ die Position der Mieter fortwährend verschlechtert worden ist. Doch darin besteht schließlich eine der Aufgaben für den Bürgerblock. Auch die Hausbesitzer sind ein Teil des Bürgertums und die Wahrung deren Interessen ist die Aufgabe, die von der Geschichte der Markregierung zugewiesen worden ist.

Der Justizminister stellt fest, daß von der Seite des gefühligen Schutzes dem Mieter überhaupt nicht zu helfen sei. Am besten daher: sofortige Beseitigung der Zwangswirtschaft, wie das die Wirt-

schaftspartei bereits beantragt hat. Soweit freilich gebietet Herr Dr. Hergt vorläufig noch nicht zu gehen. Nur ein Mittel sei imstande, den Mietern wirkliche Erleichterung zu schaffen: „Wir müssen bauen, bauen, bauen...“ Ein glänzendes Rezept. Herr Hergt hat dabei nur eine Kleinigkeit vergessen, nämlich anzugeben, wie das in entsprechendem Umfang bei der gegenwärtigen Finanzpolitik des Reiches und bei der Anleihegegnerchaft des Herrn Schacht gemacht werden soll. Den Gemeinden wird jede Betätigungsfreiheit rüchlos unterbunden und der Justizminister des Bürgerblocks schreit: „Bauen, bauen, bauen...!“

Der Ausschuss hat dem Gesetzentwurf, mit Ausnahme unwesentlicher Änderungen, zugestimmt. Die Ründigungsbriefe werden nunmehr nicht dem Gerichtsschreiber, sondern dem „Urkundebeamten der Geschäftsstelle“ — nämlich des Amtsgerichtes — zugestellt. Mit anderen Worten, alles ist beim Alten geblieben, denn der „Urkundebeamte“ ist identisch mit dem, was im Volksmunde noch immer mit „Gerichtsschreiber“ bezeichnet wird. Die Wirtspartei haben abgelehnt, den Amtsrichter selbst mit der Erledigung dieser Fragen zu beauftragen. Sie wünschen eine „Vereinfachung“ des Verfahrens, nämlich im Sinne des Hausbesitzeriums.

Am kraßesten ist die Haltung der Zentrumspartei. Auf ihrer letzten Reichstagsung wurde einer Resolution zugestimmt, die von Beteuerungen der sozialen Bestrebungen im Zentrum geradezu strotzt. Bei dem Kampfe um die Verschlechterungen des Mieterschutzes stellten sich die Vertreter des Zentrums geschlossen und rüchlos hinter die Interessen der Hausbesitzervereine. Die „sozialen Gefühle“ waren dabei völlig in Vergessenheit geraten, trotz aller Bemühungen, die der Zentrumsvorredner im Plenum, Tremmel, machte. Die Schwarzten ließen die gesonnenen Partner des Bürgerblocks, ungeachtet aller Resolutionen, mit denen ihnen Opfern die Augen getribt werden sollen. Genosse Lipinski hat daher als Redner der Sozialdemokratie die Haltung des Zentrums sehr richtig charakterisiert, indem er das Lutherwort auf dem Wormser Reichstag treffend variierte: „Hier stehe ich, ich darf nicht anders.“

Seit Monaten währt der harte Kampf um die Verschlechterung des Wohnrechtes der arbeitenden Schichten. Von der Sozialdemokratie wurde alles getan, um die beschlissenen Anschläge abzuwehren, doch der Bürgerblock wird standhalten. An den Ausschuss beschließen dürfte nichts mehr zu ändern sein.

Der Endkampf um den Mieterschutz

Die 2. Sitzung im Plenum des Reichstages

Berlin, 7. Februar 1928.

Präsident Loh eröffnet die Sitzung mit einem Nachruf für den plötzlich verstorbenen demokratischen Abgeordneten Dr. Ralzig. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Gesetzentwürfe auf Änderung des Mieterschutzgesetzes und des Reichsmietengesetzes.

Abg. Lipinski (Soz.)

Die Vorlage ist vom Reichsrat, von den ausübenden Richtern und allen Organisationsstellen scharf abgelehnt worden. Wir haben im Ausschuss eine Begründung und Unterlagen für die Beurteilung der bisherigen Forderung der Zwangswirtschaft verlangt; es ist bezeichnend für den Bürgerblock, daß er die Vorlage bis zur Vorlegung dieses Materials ablehnte. (Hört, hört! bei den Soz.) Selbst der Reichsrat hat eine Begründung eines ablehnenden Standpunktes im Ausschuss abgelehnt. Trotzdem haben wir uns an den Verhandlungen weiter beteiligt, weil wenigstens die Abstimmung ausgeht wurde.

Das Mieterschutzgesetz ist Handelsobjekt für das Reichsjustizgesetz gewesen. (Hört, hört! bei den Soz., Widerspruch beim Zentrum.) Sonst wäre es unmöglich gewesen, sachliche Beratungen in dieser Weise zu unterbinden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Was die Prälaten untereinander verabreden, erzählt die Öffentlichkeit natürlich nicht.

Das Zentrum variiert das Wort Luthers in Worms: „Hier stehe ich, ich darf nicht anders!“ (Lachen im Zentrum.)

Besonders gefährlich in dem neuen Entwurf ist die Keuerung, daß der Mieter einer Kündigung widerprechen muß, wenn er nicht ohne weiteres ermittelt werden will. Bisher ist der Mieter gewöhnt, nach der Kündigung ruhig abzuwarten, bis der Vermieter klagte.

Die Kündigung soll sogar zu einem Offizialverfahren werden, sie soll vom Gerichtsschreiber zugelassen werden. Der Laie kann diese Bestimmungen überhaupt nicht übersehen. Der Gerichtsschreiber soll das Kündigungsverlangen prüfen, weil man den Amtsrichter davon entlasten will. Ist es denn nicht daselbst, ob man den Gerichtsschreiber oder den Richter befristet?

Sogar eine behelfsmäßige Zustellung soll zulässig sein, d. h. der auswärts arbeitende Mieter erzählt gar nichts von der Kündigung. (Hört, hört! zu den Soz.)

Und verläßt der Mieter, der ja kein Jurist ist, aus begreiflichen Gründen den Widerspruch, so muß er alle unrichtigen und falschen Behauptungen des Kündigungsschreibers des Vermieters über sich ergehen lassen, er verliert sein Obdach. Diese Mieterentrechtung wird zum Präzedenzfall für den Bürgerblock werden. Wir verlangen, das zumindest das Sühnverfahren dem Kündigungsverfahren vorausgesetzt, damit die heiderseitigen Behauptungen geklärt werden. Die ganze Keuerung ist eine Verlängerung des Verfahrens, eine Spekulation auf die Unwissenheit und Ungeschicklichkeit des Vermieters, mit deren Hilfe man die Zahl der Verfahren zu vermindern hofft. Unsere Aufgabe ist es, in dieser fürchterlichen Zeit der Wohnungsnot den Familien das Heim zu erhalten. Diese Novelle will es ihnen rauben.

In Königsberg sind achtzehn Familien gezwungen, in einer Turnhalle zu wohnen, Abends um 8 Uhr müssen Männer die Familien verlassen und im Polizeigefängnis nächtigen. (Stürmisches Hört, hört! bei den Soz.)

Das Zentrum entschuldigt sich damit, daß ja die soziale Fürsorge eingegriffen müsse. Man bürdet den Gemeinden immer mehr auf und Schacht legt trotzdem über „Veranschlagung“ bei den Gemeinden. Wir haben ein soziales Wohnrecht beantragt, aber der Ausschuss hat es abgelehnt, obwohl die Regierung das bestehende Recht als veraltet bezeichnete. (Hört, hört! bei den Soz.)

Die Hilfsverfahrenordnung hat unsäglichen Ekel über zahllose Gewerbetreibende gebracht. (Zuruf: Daran sind Sie selbst schuld!) Nein, es war eine reine Resortverordnung Hilfsverfahren, die sozialdemokratischen Minister Pressens hatten nichts damit zu tun. Die Novelle bringt keine Verbesserung, keine Verkürzung des Verfahrens, keine Verkürzung, sondern nur eine Gefährdung der rechtsunkundigen Mieter. Wer ist das Scheusal in die Wolfschlucht! (Weißfall bei den Soz.)

Reichsjustizminister Dr. Hergt

bezeichnet die Ausführungen des Vorredners als einen Ausdruck der Kampfstimmung: Die Zwangswirtschaft — die Wirtschaftsfreiheit und Eigentum! Dieser große programmatische Kampf

setzt durch eine schrankenlose Agitation neu entfesselt worden, obwohl der vorliegende kleine Gesetzentwurf gar keinen Anlaß zur Aufstellung des großen grundsätzlichen Streitpunktes bietet. (Lauter Zurufe links: „Sie haben ihn ja mit Ihrem Entwurf entfesselt!“) Ich betenne mich grundsätzlich zu dem Standpunkt, daß jede Zwangswirtschaft ein Übel ist. Der vorliegende Entwurf aber bringt keine Entscheidung nach der einen oder der anderen Seite. Zu grundsätzlichen Entscheidungen ist heute der Zeitpunkt noch nicht gekommen. Der Gesetzentwurf hält genau die Mitte zwischen den Interessen beider Seiten.

Die Forderung der Wohnungszwangswirtschaft überlassen wir bewußt den Ländern, wir wollen hier keine Zentralisation von Reichs wegen. Nichts ist an dem bestehenden materiellen Recht geändert; wir haben lediglich formelle Erleichterungen eingeführt, die beiden Teilen, Mietern und Vermietern, zugute kommen.

Den Ausbau der Fürsorge für die gekündigten Mieter betrachten wir als eine der vornehmsten Aufgaben der Regierungen des Reiches und der Länder.

Abg. Domsch, Dresden (Dn.) ist mit dem Minister der Meinung, daß die Wirkung des vorliegenden Entwurfs weit überschätzt werde und daß die große Beunruhigung in den Kreisen der Mieter und Vermieter unbegründet sei. Angesichts der noch immer bestehenden Wohnungsnot sei eine völlige Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft im gegenwärtigen Moment unmöglich.

Abg. Tremmel (Ztr.) betont, der Gesetzentwurf berühre gar nicht die Frage der Wohnungszwangswirtschaft, er verkürze auch nicht die bisherigen Rechte der Mieter. Behauerlich sei die Tatsache, daß sich die Organisationen der Mieter und Vermieter nicht auf Vor schläge für die Verbesserung des Verfahrens einigen konnten. Nach behauerlicher sei die Ausnutzung dieses Gegenstandes durch gewisse Parteien. Die vorliegenden Entwürfe seien keine Forderung der Wohnungszwangswirtschaft, sondern nur eine Verbesserung und Vereinfachung des Verfahrens im Rahmen des bestehenden Rechts. Die immer noch anhaltende Wohnungsnot könne nur behoben werden durch die Behebung der Baukrise durch inländisches und ausländisches Kapital.

Abg. Wll (Dem.) bekämpft die Haltung der Regierungsparteien im Ausschuss. Es sei unverständlich, wie die Regierung trotz des einmütigen Widerstandes der Mieter- und Vermieterkreise und des Reichstags diese Gesetzentwürfe dem Reichstag vorlegen konnte. Die Hilfsverfahrenordnung zur Ausschaltung der gewerblichen Räume vom Mieterschutz habe nach den Feststellungen des Enquete-Ausschusses verhängnisvolle Wirkungen für weite Kreise des Gewerbes gehabt. Den Nutzen hätten zum größten Teil ausländische Kapitalisten geohbt. Die Angleichung der bestehenden Mietsachen an die Neubausachen werde nicht durchführbar sein. Kein Mensch habe bisher nachweisen können, wie die freie Wirtschaft Wohnungen schaffen wolle, die in der Höhe der Mietsachen nicht übermäßig über die bisherigen Mietsachen hinausgehen.

Abg. Seiffert (Wfl.) fragt, warum die Regierung nicht die Vorlagen einfach zurückgezogen habe, nachdem die Wohnungszählung ein erschreckendes Bild von der bestehenden Wohnungsnot ergeben hatte.

Um 18¹⁵ Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch 14 Uhr vertagt.

Krach um Luther

SPD Berlin, 7. Februar. (Radio.)

Die Tägliche Rundschau meldet: Der Kreisverband der Deutschen Volkspartei Essen, der bei der letzten Reichstagswahl ein Viertel aller für die Deutsche Volkspartei abgegebenen Stimmen aufgebracht hatte und jetzt für die Kandidatur Dr. Luthers eingetreten ist, hat die Wahlkreisauswahlung des Kreises Düsseldorf-Ost am letzten Sonnabend verlassen, nachdem sein Antrag, die Kandidatenfrage von der Tagesordnung abzulehnen, abgelehnt wurde. Die Kandidaten sind also ohne Mitwirkung des Kreisverbandes beraten worden.

Mit anderen Worten: Krach um Luther. Aus seiner Kandidatur ist trotzdem nichts geworden. Wie die DVZ mittelt, besteht die Absicht, Dr. Luther auf die Reichsliste der Deutschen Volkspartei zu übernehmen.

Der Staatssekretär im Reichsministerium für die besetzten Gebiete, Schmidt, hat die ihm von der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis Düsseldorf-Ost übertragene Reichstagskandidatur an erster Stelle der volksparteilichen Liste dieses Wahlkreises endgültig angenommen.

sollte daher lieber von einer proletarischen Gemeinde, als von einer sozialistischen Gemeinde sprechen, weil letztere Bezeichnung den vollendeten Zustand einer Gemeinde ohne Klassen-gegenstände bedeutet, während die sogenannte sozialistische Gemeinde ja eine Gemeinde innerhalb des kapitalistischen Staates ist und daher auch auf ihrem eigenen Gebiete fortwährend durch die Schranken und Lebensnotwendigkeiten der kapitalistischen Gesellschaft gehemmt ist. Wenn wir schon die „neue“ Wahrheit kennen, daß die Gemeinde auch ein Stück Staat ist, gelten lassen sollen, so dürfen wir doch nicht die alte Wahrheit vergessen, daß selbst die unter sozialdemokratischer Herrschaft stehende Gemeinde noch ein Stück kapitalistischer Gesellschaft ist, solange eben der Staat bürgerlicher Staat ist. Aus dieser Verflochtenheit selbst einer proletarischen Gemeindeverwaltung mit den Aufgaben und Lebensnotwendigkeiten der kapitalistischen Wirtschaft, denen sie sich nicht entziehen kann, ergibt sich ja die oft tragische Widerspruchsfälle sozialistischer Gemeindeglieder im Klassenstaate. Auch die sozialistische Gemeinde muß in weitestgehendem Maße die Ordnung des Klassenstaates und der kapitalistischen Wirtschaft gleichsam im übertragenden Wirkungskreis aufrecht erhalten und fördern, solange das Proletariat noch nicht stark genug ist, seine eigenen Ziele zu verwirklichen. Und auf diese Weise wird auch sie zu einem Vollzugsorgan der herrschenden ökonomischen Interessen, was sich widerspruchsvoll genug in den verschiedenen Zweigen der Kommunalpolitik (zum Beispiel Kreditpolitik, Anleihepolitik usw.) geltend macht, und wovon die Funktionäre einer großen Stadtverwaltung manches Liedchen zu singen wissen.

Das Neue, wodurch angeblich die Lehre vom Staatsbegriff bei Marx überholt sein soll, ist im Grunde nichts anderes, als die Tatsache des Vormarsches der Demokratie in den letzten Jahrzehnten infolge Eroberung des Wahlrechtes durch die Arbeiter. Aber dieses Neue, die Erringung des allgemeinen Wahlrechtes, hat Marx nicht nur schon seit dem „Kommunistischen Manifest“ als die politische Hauptforderung des Klassenkampfes bezeichnet, sondern Engels, der ihn um zwölf Jahre überlebte, hat diesen Vormarsch der Demokratie, besonders in Deutschland, ausgedrückt in den Siegen der Sozialdemokratischen Partei bei den Reichstagswahlen, noch erlebt und so enthusiastisch begrüßt, daß er glaubte, es werde noch vor Ende des 19. Jahrhunderts das deutsche Proletariat auf diesem Wege die Macht im Staate erobern. Aber trotzdem haben sie beide in dieser Tatsache der wachsenden Beeinflussung des Staates durch die Wahlstimmen des Proletariats keinen Anlaß gefunden, ihre Staatsauffassung zu ändern. Und dazu ist tatsächlich auch kein Grund vorhanden. Denn dieser politische Vormarsch des Proletariats bedeutet eben nicht eine Teilung der Staatsgewalt zwischen bestehenden Klassen und Proletariat, so daß sie schließlich wie zwei Anteilseiner sich in der Firma „Bourgeoisie u. Proletariat A.-G.“ in Regie, Gewinn und Risiko teilen, sondern es bedeutet nur eine andere Umarmung im Klassenkampf, eine Erstürmung der ersten Schützengrubenlinie und den vorläufigen Stellungskampf in der zweiten.

Das Vertrauen zur SPD verloren

Austritt des Vorsitzenden des Berliner Sportkateils

Der Vorsitzende des Arbeiter-Sportkateils Groß-Berlin, Robert Dehlschlager, der bisher der kommunistischen Partei angehört, hat seinen Austritt aus dieser Partei erklärt, indem er an die Bezirksleitung der SPD unterm 2. Februar folgenden Abschiedsbrief sandte:

Mit dem heutigen Tage gebe ich meine fast neunjährige Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei auf.

Ich mein Glaube an die Mission der Partei schon im Jahre 1923 wankend geworden, so ist er dann im Laufe der folgenden Jahre gänzlich geschwunden. Hinzu kommt noch die mir gänzlich unverständliche Einstellung der Partei zur Arbeiter-Sportbewegung, der ich seit über 30 Jahren als Funktionär angehöre.

Als ehrlicher Mensch halte ich es für meine Pflicht, Euch als Bezirksleitung meine Austritt mitzuteilen, damit Ihr sofort einen anderen Bürgerdeputierten für das Stadtm für Leibübungen bestimmen könnt. Meine Mission als Bürgerdeputierter der SPD Berlins ist damit zu Ende und ich lege das Amt in Eure Hände zurück.

Ich hoffe, daß sich durch meinen Austritt aus der Partei unser sonst persönlich freundschaftliches Verhältnis nicht ändert, wie auch an meiner freundschaftlichen Einstellung zum proletarischen Ausland sich trotz meines Austritts aus der Partei nichts ändern wird.

Mit Arbeiter-Sportlergruß frei Hell!
ges.: Robert Dehlschlager.

Dehlschlager hat bald darauf dem Bezirksvorstand der sozialdemokratischen Partei die Absicht kundgegeben, der Sozialdemokratie, der er vor seiner Kommunistenzeit schon 20 Jahre angehört, wieder beizutreten. Die Vorgänge, die sich in einer Reihe von Arbeiter-Sportvereinen infolge der kommunistischen sogenannten Propaganda abspielten, haben zweifellos den Entschluß Dehlschlagers zur Tat reifen lassen.

SPD Berlin, 8. Februar. (Radio.)

Der Reichstagsabgeordnete Otto Weber-Rathenow wurde, wie die Note folgende meldet, am 3. Februar aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen, weil er sich weigerte, gemäß einem Beschluß der kommunistischen Parteizentrale sein Reichstagsmandat niederzulegen. Weber ist inzwischen zu der Maslowgruppe übergetreten, die sich „linke Kommunisten“ nennt.

Die Volkspartei vor dem Umfall?

Kompromißverhandlungen über das Reichsschulgesetz

SPD Berlin, 8. Februar. (Radio.)

In den letzten Tagen haben über die strittigen Punkte des Reichsschulgesetzes unter den Regierungsparteien im Reich wieder längere Verhandlungen stattgefunden. In diesen Verhandlungen waren insbesondere die Kabinettsmitglieder beteiligt. Die ersten Besprechungen sollen, wie aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, die Aussicht eröffnet haben, daß die Kompromißverhandlungen mit einer gewissen Gewähr auf Erfolg fortgesetzt werden können. Infolgedessen werden nach der gleichen Quelle in parlamentarischen Kreisen die Möglichkeiten für ein Zustandekommen des Gesetzes neuerdings sehr viel günstiger beurteilt, als in der letzten Woche.

Das würde also bedeuten, daß die Volkspartei wieder einmal vor dem Umfall steht.

Die Meldungen aus Simferopol zufolge ist Ibrahimow, der ehemalige Vorsitzende des Zentralerekutivkomitees der Arm, der wegen seiner unzulässigen Handlungen vor kurzem vom Zentralerekutivkomitee der Arm seines Amtes enthoben wurde, verhaftet worden. Es wurde gegen ihn ein Strafverfahren eingeleitet.

Die Bladoners im Barmatprozess

Im Barmatprozess beschäftigt sich in Weiterführung seines Bladoners Oberstaatsanwalt Raasch mit den von Barmat der Preussischen Staatsbank für die Kredite gegebenen Deckungen. In vielen Fällen, so führte er aus, habe der Wert der Deckungspapiere nur ein Zehntel der Kreditsumme betragen. Im Juni hatten die Kredite ihren Höhepunkt mit 10,5 Millionen Mark erreicht, denen an Deckungen im Kurswerte nur 1,5 Millionen gegenüberstanden hatten. Am 22. Oktober habe sich der Kredit auf 21 Millionen belaufen. Die Deckungen hätten sich auf 689.000 Mark gestellt, also auf etwa ein Dreizehntel, abgesehen von den nach Ansicht des Oberstaatsanwalts nicht als Ersatz in Frage kommenden unnotierten Wertpapieren. Im Dezember hätten sich die Schulden der „Amegima“ bei der Staatsbank auf 9,5 Millionen gestellt, denen Deckungen von 489.000 Mark gegenüberstanden, also ein Neunzehntel bis ein Zwanzigstel. Der Oberstaatsanwalt kam zu der Feststellung, daß die meisten der notierten Werte, die Barmat herausgegeben habe, nicht sein Eigentum gewesen seien, sondern Werte, die ihm als Deckung für die Gelder gegeben worden seien, die er verliert.

Bei der Behandlung der Aktientransport- und Bergungs-A.-G. betonte der Oberstaatsanwalt, die Behauptung Barmats, er habe von den Schulden der Aktientransport-A.-G. nichts gewußt, entspreche nicht den Tatsachen. Im übrigen sei die Aktientransport-A.-G. ein Unternehmen gewesen, das, nachdem es in Barmats Hände kam, nicht einen Pfennig abgeworfen hätte.

Nach einer Mittagspause behandelte Oberstaatsanwalt Raasch die von Barmat der Staatsbank als Deckung gegebenen Blankowechsel. Zusammenfassend sei festzustellen, daß den Krediten in Millionenhöhe Deckungen in einer Höhe, die diesen Krediten auch nicht im entferntesten entsprochen haben, gegenüberstanden. Der Oberstaatsanwalt geht dann auf die persönliche Seite der Geschäftsverbindung zwischen Barmat und der Preussischen Staatsbank ein. Hellwig, so erklärt er, habe bei den Geschäften mit Barmat seine Pflichten als Staatsfinanzrat nicht erfüllt. Hellwig habe mit Barmat in persönlichen Beziehungen gestanden. Im Verlaufe dieser Beziehungen sei der Widerstand Hellwigs gegen das Verlangen Barmats gebrochen. Der Oberstaatsanwalt verliest Briefe Hellwigs, aus denen die Anklagebehörde entnehmen habe, daß es Barmat durch die in den Briefen erwähnten „kleinen Liebeswürdigkeiten“ gelungen sei, Hellwig neugierig zu machen. Andere Kunden der Staatsbank gegenüber hätten die Herren Rühle und Hellwig wohl nicht solche Langmut bewiesen. Hier liege nicht nur Betrug vor, sondern noch etwas mehr. Ueber diese Frage wird sich Oberstaatsanwalt Raasch in der Donnerstagsitzung äußern.

Am Seifers Erbe

Seiner verhandelt über die Phobus-Affäre

SPD Der Reichswehrminister führt am Dienstagvormittag im Reichstag mit den Führern der einzelnen Parteien Besprechungen über die bevorstehende Beratung des Reichswehrgesetzes. Dabei spielt insbesondere auch die Frage eine Rolle, ob und wie im Verlauf der Debatte die Phobus-Affäre behandelt werden soll. Den Regierungsparteien wäre es natürlich am liebsten, wenn diese Frage überhaupt nicht gestreift würde. Da es sich bei der ganzen Angelegenheit um eine staatsrechtliche Frage von grundsätzlicher Bedeutung handelt, wird die Sozialdemokratie den Phobus-Standal im Plenum des Reichstages selbstverständlich ebenfalls ansprechen.

Die Angst vor der Abrechnung

Sindenburg soll wieder einmal helfen

Der offizielle Pressedienst der Zentrumsparlei beschäftigt sich in der letzten Nummer mit dem jetzt viel erörterten Thema Reichstagswahlen. Unter der Überschrift: „Frühjahrs-wahlen“ schreibt er:

„Schreitert das Reichsgesetz, dann werden Deutsche Volkspartei und Zentrum gegen einen Wahltermin im Frühjahr nichts einzuwenden haben. Einer möglichst frühen Hinauszögerung der Wahlen reden in dessen die Deutschnationalen das Wort. In ihren Kreisen wird betont, daß keine Notwendigkeit für die Vornahme der kommenden Reichstagswahlen vor November-Dezember d. J. bestehe. Ferner wird aus diesen Kreisen heraus, namentlich unter Zuhilfenahme der Presse, auf den Reichspräsidenten einzuwirken versucht in dem Sinne, daß er die Zustimmung zu Frühjahrs-wahlen verweigere, jedenfalls seine Zustimmung nur gebe, wenn sämtliche großen Parteien mit diesem Wahltermin sich einverstanden erklärten. Daran ist aber, nach Lage der Dinge nicht zu denken. Es wird in diesem politischen Lager sogar die Auffassung vertreten, daß selbst bei einer akuten Krise der gegenwärtigen Koalition noch nicht unbedingt Neuwahlen erfolgen müßten, sondern daß man zwischenzeitlich, wenn kein Ministerium auf einer Koalitionsgrundlage zustandekäme, mit einem Geschäftsministerium es versuchen müsse. Dieser Plan wird aber im Lager der Parteien sonst fast allgemein abgelehnt, so daß, wenn es also aus irgendeinem Anlaß bei den Staatsberatungen oder unmittelbar danach zu einem Konflikt käme, unbedingt mit der Vornahme neuer Wahlen gerechnet werden müßte.“

Die Bestimmung des Wahltermins ist nicht allgemein abhängig von innerpolitischen, sondern fast mehr noch von außenpolitischen Gründen, und hier ist es insbesondere der Außenminister, der allerdings ein Interesse an der möglichst frühen Vornahme der Wahlen in Deutschland hat. Er kalkuliert dahin, daß von dem Ausgange der Wahlen und von der Gestaltung der neuen koalitionspolitischen Verhältnisse wichtige Rückwirkungen auf die ja im Juni schon in Gange beginnenden Räumungsverhandlungen sich ergeben müßten. Wie die Dinge aber liegen, wird in den nächsten Wochen doch eine Klärung der Frage des Wahltermins unvermeidlich sein.“

Diese Ausführungen der Zentrumskorrespondenz zeigen, daß man auch in den Kreisen der Regierungsparteien die gegenwärtigen Zustände im Regierungsbund nicht mehr lange für tragbar ansieht und auch dort eine Klärung der Situation für notwendig hält. Sie beweisen aber auch erneut die Angst, die die größte Koalitionspartei, die Deutschnationalen, vor den Neuwahlen hat. Sie legt ihre ganze Hoffnung auf Sindenburg, den sie bearbeitet, damit er sich einer Reichstagsauflösung entgegenstemmt.

Mertens kommt nicht wieder nach Deutschland

Der Schriftsteller Karl Mertens aus Genf, der unter Zuhilfenahme freien Geleits vom Oberstaatsanwalt nach Leipzig geladen worden war und dann doch von einer Bande organisierter Nationalisten überfallen und schwer mißhandelt werden konnte, hatte dem Berliner Untersuchungsrichter des Oberstaatsanwalts zugesagt, daß er mit ihm im Laufe der nächsten Wochen eine zweiseitige Vernehmung in eigener Sache auf deutschem Boden und zwar in Singen in Baden haben wolle, zu der er ebenfalls unter Zuhilfenahme freien Geleits erscheinen sollte. Nach seinem Leipziger Erfahrung nimmt Mertens jetzt aber den Standpunkt ein, daß eine Zuhilfenahme der deutschen Behörden für ihn keine Sicherheit darstellt. Entweder seien sie unwillig, ihn zu schützen, oder sie hätten eben einfach nicht die Macht dazu. Aus diesem Grunde halte er sich an seine Zusage nicht mehr gebunden.

Ein Tag Weltpolitik

Belgiens Hauptforge: Sicherheit!

SPD Paris, 8. Februar (Radio).

Im Matin veröffentlicht heute Sauerwein ein Interview mit dem belgischen Außenminister Hymans. Die Sicherheit, so betont Hymans, sei Belgien die Hauptforge. Die Locarno-Verträge gäben ihm sichere Garantien, die aus dem Völkerbundspakt und aus dem Defensivbündnis mit Frankreich stammten. Trotzdem müsse Belgien für seine militärische Verteidigung sorgen. Als wirksamste Sicherheitsgarantie sehe er den Abschluß regionaler Verträge nach dem Muster von Locarno an. Nur so könne die empfindliche Zone in Europa ungefährlich gemacht werden. Zum Schluß betonte Hymans, daß die belgische Industrie an dem Zustandekommen eines Handelsvertrages mit Frankreich ein außerordentlich großes Interesse habe, zumal sie durch die letzten französischen Tarif-erhöhungen in ihrem Export sehr empfindlich geschädigt worden sei.

Parlamentsöffnung in England

SPD London, 7. Februar.

Die am Dienstag vom König vorgelesene Thronrede war ungewöhnlich kurz. Sie beginnt mit der Versicherung, daß die britische Regierung dauernd bemüht sei, im Zusammenwirken mit dem Völkerbund die Regelung internationaler Differenzen herbeizuführen, um die Sache des Friedens zu fördern. Die Lage in China habe sich inzwischen soweit gebessert, daß große Verminderungen in den nach Ostasien entsandten Flotten und Militärstreitkräften möglich seien. Die durch innere Unruhen und Bürgerkriege verursachte Lage gebe aber trotzdem noch immer zu Besorgnissen Anlaß. Dennoch stehe die englische Regierung noch zu den vor einem Jahre bekanntgegebenen Grundlinien, den chinesischen Bestrebungen entgegenzukommen, wenn die Chinesen befriedigenden Schutz für britisches Leben und Eigentum zusichern. Ueber die Haltung der britischen Regierung zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens enthält die Thronrede kein Wort.

Die Debatte wurde von der Opposition mit längeren Ausführungen Ramsay MacDonalds eröffnet. Er betonte, daß die Thronrede inhaltlich die armseligste Erklärung darstelle, mit der seit seinem Eintritt ins parlamentarische Leben das Parlament jemals eröffnet worden sei. Das Bemerkenswerteste an der Thronrede seien die Auslassungen. Sowohl das Fabrikgesetz, das vom Innenminister und Ministerpräsidenten immer wieder versprochen worden sei, als auch die Ratifikation der Washingtoner Konvention seien nicht erwähnt worden. Die Regierungspartei könne die soziale Lage in Großbritannien nicht so günstig beurteilen wie die Thronrede das tue. Niemand, der die Thronrede lese, könne auf den Gedanken kommen, daß es eine Million Arbeitslose in England gebe. Die Regierung müsse damit rechnen, daß die Opposition die in der Rede ausgelassenen sozialen Fragen nicht vergessen werde und Tag für Tag und Schritt für Schritt um diese Probleme kämpfen werde, bis die Neuwahlen kämen und die Majorität der Regierung gestürzt würde.

Englischer Kompromißvorschlag für Indien

Abgelehnt

SPD London, 7. Februar.

Der Vorsitzende der englischen Verfassungskommission für Indien hat einen offenen Brief an den indischen Vizekönig gerichtet, der nach einer Forderung des indischen Vizekönigs einer Erfüllung der indischen Forderungen hinsichtlich der Kommission gleichkommt und geeignet sein dürfte, die Stellung der indischen Bevölkerung zu den Arbeiten der Kommission grundsätzlich zu verändern. Sir John Simon regt an, 7 indische Mitglieder zu bestimmen, die mit gleichen Rechten und Pflichten zur Mitarbeit herangezogen werden sollen.

Ramsay MacDonald hat inzwischen eine Botschaft an die Bevölkerung Indiens gerichtet, in der er die Hoffnung ausdrückt, daß es Indien sehr durch die Einladung von 7 Mitgliedern ermöglicht werde, an der Kommission mitzuarbeiten.

Gewaltakt der Northy-Gendarmen

Wien, 7. Februar.

In der heutigen Sitzung des Budgetausschusses lenkte Abgeordneter Dr. Otto Bauer die Aufmerksamkeit des Ausschusses darauf, daß nach Mitteilung der burgenländischen Gendarmerie die Souveränität der Republik neuerlich durch ungarische Organe grob verletzt worden sei. Es ist bekanntgeworden, daß am 24. Januar zwei ungarische Gendarmen bei Növényi österrösischen Boden betraten, einen Bergarbeiter, der ungarischer Staatsbürger, aber in Oesterreich wohnhaft und hier in Arbeit ist, aus dem Bergwerk rufen ließen, ihn in Ketten legten und sofort über die Grenze auf ungarischen Boden brachten. Dr. Otto Bauer fragt, ob die Regierung bereit sei, von der ungarischen Regierung Genugtuung und die Auslieferung des Bergarbeiters zu verlangen, sowie die Mäßregelung der ungarischen Gendarmen, die auf österrösischem Boden das Verbrechen eines Menschenraubes begingen.

Der Bundeskanzler bestätigte den Vorfall. Dieser Bergarbeiter wohne allerdings nicht in Oesterreich, sondern auf ungarischem Gebiet, und gehe jeden Tag nach Oesterreich in das Bergwerk zur Arbeit. Trotzdem handle es sich um einen Übergriff. Der ungarische Gendarmekommandant habe sich deshalb auch bereits entschuldigt und mitgeteilt, daß die schuldtragenden Gendarmen ihres Dienstes entbunden worden seien. Der Arbeiter habe im übrigen unter dem Verdacht des Schmuggels gestanden und sei mit 5 Tagen Arrest bestraft worden. Trotzdem werde die österrösische Regierung bei der ungarischen Regierung Vorstellungen erheben. Der sozialdemokratische Abgeordnete Bauer nahm diese Mitteilungen zur Kenntnis und erklärte, man dürfe diesen Fall nicht leicht nehmen, obwohl dem betroffenen Arbeiter diesmal nichts Schlimmes geschehen sei. Bauer verweist dann noch darauf, daß seit 1926 von Italien nach Ungarn über Oesterreich Munition geschickt werde, die früher immer als Ausfuhrgegenstand deklariert war.

Präsidentenwahlen in Portugal

WIS Paris, 7. Februar.

Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Lissabon sollen am 4. März die Präsidentenwahlen stattfinden. Man sehe das als ersten Schritt zur Wiederherstellung normaler Verhältnisse an. Präsidentenwahlkandidat sei der bisherige Präsident, General Carmona. Er werde voraussichtlich, da jede ernsthafte Opposition fehle, gewählt werden. Die Opposition gegen die Kandidatur des jetzigen Präsidenten soll, wie einige Morgenblätter berichten, dadurch be-

WIS Neu-Delhi, 7. Februar.

Die indischen Parteiführer erklären, die Einwendungen, die von ihnen gegen die englische Kommission zum Studium der Verfassungsfragen erhoben worden seien, beruhten auf Prinzipfragen, die auch von dem neuen, von Simons, dem Leiter der Kommission, gemachten Kompromißvorschlag nicht berührt würden. Sie seien geneigt, bei ihrem früheren Entschluß, keinerlei Beziehungen zu der Kommission zu unterhalten, zu beharren.

Die Vereinigten Staaten obenauf!

Ein neuer Erfolg der USA auf der Havana-Konferenz

WIS New York, 8. Februar.

Nach einer Meldung aus Havana wurde bei den Verhandlungen über die Handelsluftschiffahrt ein von den Delegierten der USA eingebrachter Antrag angenommen, der die Einbeziehung des Panama-Kanals in die Handelsluftschiffahrt verbietet. Argentinien, das beantragte, die Frage auf einer neuen Konferenz zu verhandeln, wurde überstimmt.

WIS New York, 7. Februar.

Auf der Havana-Konferenz wurde von dem Vertreter Mexikos die Einberufung einer Panamerika-Konferenz für 1929 verlangt. Auf dieser Tagung soll über die Aufhebung der Zollbarrieren in ganz Amerika beraten werden. Der amerikanische Delegierte Hughes hatte mit dem argentinischen Bevollmächtigten Pueyrredon einen kurzen Zusammenstoß, da dieser in den Sitzungen der panamerikanischen Union die Verringerung der interamerikanischen Zollbarrieren ausgenommen wolle. Hughes erklärte, daß die USA diesem Vorschlag niemals zustimmen noch einen derartigen Vertrag unterzeichnen könne.

Polen und Litauen

Russisch-polnische Verhandlungen in Warschau?

WIS Warschau, 7. Februar.

Die offizielle Epota dementiert die in der ausländischen Presse verbreiteten, aus Romo stammenden Meldungen, wonach die Verhandlungen zwischen Polen und Litauen am 25. Februar in Kopenhagen beginnen sollen. Von polnischer Seite liege noch keine Zusage betreffend den Ort und die Zeit der Verhandlungen vor. Diese beiden Fragen würden zwar in einer neuen polnischen Note behandelt, diese soll aber erst im Laufe der Woche abgehandelt werden. Ihr Inhalt ist bisher unbekannt.

Die zwischen Warschau und Moskau entstandenen Unstimmigkeiten über den Beginn der ein Handelsprotokollum betreffenden Verhandlungen sollen nunmehr dadurch eine Kompromißlösung finden, daß diese Verhandlungen zunächst in Warschau aufgenommen werden. Der Glas Brandy deutet an, daß Moskau wegen des dort herrschenden Einflusses der kommunistischen Internationale als Verhandlungsort ungeeignet wäre. In den Warschauer politischen Kreisen meint man aber, daß der eigentliche Grund der Verlegung der Verhandlungen von Moskau nach Warschau ein anderer ist: der Außenminister Jaleski wünsche den polnischen Gesandten in Moskau, Batek, möglichst auszuschalten, der die Verhandlungen in einer Weise zu beeinflussen versucht hat, die zu Differenzen mit den beiden Unterhändlern Solowjow und Sokolowski und dann zu deren demonstrativer Abreise aus Moskau führte.

Wahlen in Griechenland?

SPD Berlin, 8. Februar. (Radio).

Aus Athen wird gemeldet, daß voraussichtlich mit einer Auflösung der Kammer und Ausschreibungen von Neuwahlen zu rechnen ist.

Die Regierungskrise beendet

WIS London, 8. Februar.

Das neue griechische Kabinett wird nach Abschluß der Verhandlungen über die Verteilung der Ämter und der verschiedenen Arbeiten heute den Eid auf die Verfassung leisten. Die neue Regierung rechnet mit einer Mehrheit von 22 Stimmen in der Kammer, die sie in die Lage versetzen soll, solange im Amt zu bleiben, bis das Gesetz über die Errichtung der neuen Notenbank und des gesamten Stabilisierungswerks durchgeführt ist.

Arbeitslose sollen hungern!

Im dänischen Folketing wurde am Dienstag der sozialdemokratische Vorschlag auf Gewährung einer vorläufigen Arbeitslosenunterstützung für die ausgesteuerten Erwerbslosen, deren Zahl von den Gewerkschaften mit etwa 50.000 angegeben wird, mit 74 gegen 69 Stimmen abgelehnt. Die ausgesteuerten Erwerbslosen sind nunmehr lediglich auf Unterstützung von Hilfskassen und den Armengebern der Kommunen angewiesen.

Jagows Klage gegen Preußen

Der frühere Regierungs- und Polizeipräsident Traugott von Jagow, Berlin, klagt gegen den preussischen Staat auf Warte gelber in der Zeit von 1922 bis 1925. Von Jagow, der am Rapp-Putsch hervorragend beteiligt war, war von der preussischen Regierung zur Disposition gestellt worden. Seine Klage wurde vom Kammergericht Berlin abgewiesen, denn nach § 7 des preussischen Disziplinargesetzes kann der Beamte ohne Wartegelber und Pension entlassen werden, der eine Freiheitsstrafe von länger als einem Jahr verbüßt hat. Von Jagow hat bekanntlich drei Jahre Haftstrafe verbüßt. Er legte gegen das Urteil der Vorinstanz Revision ein. Am Dienstag beschäftigte sich der 3. Zivilsenat des Reichsgerichts mit diesem Rechtsstreit. Nach längerer Beratung wurde die Urteilsverfändung bis zum 28. Februar ausgesetzt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Alfred Herze in Leipzig

Verantwortlich für den Interzendentell:

Hugo Seppand in Leipzig

Druck u. Verlag Leipziger Buchdruckerei Litzengeellschaft Leipzig

Kleine Notizen haben oft große Wirkung. Aus diesen Notizen — ungenannt veröffentlicht — haben sich viele Freigeister entwickelt. Schließen Sie sich durch Wertet Die „Leitenden Sammelblätter“ ist das einfachste Mittel um Dörben der Zeitungen, lesen alle Ihre Dörbenblätter und andere über. Wama geht. Können Sie Eine „Leitende Sammelblätter“ kaufen!

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Sächsische Angelegenheiten

Natürlich umgefallen

Dresden, 7. Februar.

Was nach der Kenntnis der Naturgeschichte der sächsischen Regierungskoalition als wahrscheinlich angenommen werden mußte, ist Tatsache geworden: das geeinigte Bürgertum von Selbst über die Aufwörter bis zu den Deutschnationalen hat erneut für den Mietwucher gestimmt, hat die sogenannte Loderungsverordnung bestätigt und sich für weitere "Korrekturen" des Mieterschutzes ausgesprochen.

Entscheidend war der sozialdemokratische Minderheitsantrag Rehrig. In ihm wurde gefordert, daß "jede weitere Durchbrechung des Mieterschutzes unzulässig" und daß "die bereits erlassene Verordnung vom 8. April 1927 rückgängig gemacht wird".

Beide Anträge wurden abgelehnt. In trauriger Harmonie vereinigten sich die Allfuzialisten, die Aufwörter, die Demokraten und was sonst noch zu der Koalition dazwischen im Bisher gehört.

Bei den Allfuzialisten wundert einen das nicht mehr, da diese Gruppe hemmungsloser Renegaten alles auf eine Karte setzt: den Landtag beieinander zu halten und das Mandat bis zum letzten Tage auszunutzen. Die vier KSP-Leute wissen, daß ihre Rolle mit dem Aufstiegen des Landtags ausgespielt ist. Sie wissen, daß ihre Abgeordneten- und Ministerherrlichkeit dann unwiederbringlich dahin ist.

Das bestimmt sie in ihrem Handeln! Der Landtag und seine Regierung dürfen nicht aufliegen, weil sie dann selbst aufliegen. Sie werden also tun, was in ihrer Macht steht, um Regierung und Parlament solange beieinander zu halten als das nur irgend möglich ist.

Die Aufwörter handeln aus den gleichen Motiven. Bei ihnen ist es nicht so sehr die Sorge um die Mandate — die ihnen bei der Verschärfung der politischen Situation und bei der Indifferenz weiter Wählerkreise wahrscheinlich erhalten bleiben werden, wenn auch vielleicht nicht in der heutigen Stärke — als die Sorge um den "Machtseinfluß" in der Regierung. Sie wünschen die Regierung zu erhalten und sie schluden alles, was ihnen die "Großen" vorsetzen.

Mit der heutigen Abstimmung aber haben sie sich einen Schlag verfehlt, der sie empfindlich trifft. Sie haben offen gegen die Interessen ihrer Wähler und für den Geldbeutel der Hausbesitzer gestimmt. Bei der ersten Abstimmung vor Monaten konnten sie als "Entschuldigung" anführen, daß sie überumpelt worden seien — was ihnen normalerweise zwar kein Mensch glaubt; diesmal gibt es für sie nicht einmal mehr diese schätzbare Kulisse des Umfalle. Sie haben die Mieter und Kleinen geopfert.

Oben, auf der Landtagstribüne, sah eine Delegation von Gewerbetreibenden, die mit brennenden Augen der Abstimmung entgegen sah. Mancher war darunter, der von seinem Hauswirt die Kündigung erhalten hatte und seinen Betrieb schließen muß. Alle hofften auf die Abstimmung, glaubten, daß wenigstens die Aufwörter oder die Demokraten jetzt, wo sie ihre Not kennengelernt hätten, für den Fall der Loderungsverordnung stimmen würden; jener Verordnung, die es den Hauswirten ermöglicht, Wucherer zu erheben oder die Leute auf die Straße zu setzen. Was wissen diese armen Leute von den Koalitionsnotwendigkeiten? Was wissen sie davon, wieviel wichtiger ein Mandat und ein Ministerposten ist als lumpige Zivilistenexistenzen?

Aber in Chemnitz sind über 150 Gewerbetreibende auf die Straße geworfen worden. Sie hofften bis heute. Hofften auf den Landtag, der ein solches Verbrechen nicht zulassen würde. Hofften, daß die Parteien des Landtags einmütig sagen würden, die Loderungsverordnung muß wieder aufgehoben werden.

Die Abstimmung hat die Gewerbetreibenden eines anderen belehrt. Wenn die Wahlen kommen, werden auch diese Geprüften ihre Rechnung präsentieren!

Angsthelden

Das Sündenregister, das die Front der Angsthelden bei der Abstimmung über die Loderungsverordnung vergrößert hatte, umschwebt diese Koalition wie ein drohendes Gespenst. Daher gilt bei den Angsthelden als erster Grundsatz: Alles vermeiden, was die Gegenläufer innerhalb der Koalition berühren oder etwa gar zur Aussprache stellen könnte. Kein Wunder, daß die Angstkoalition wie ein Mann aufstand, als es galt, den für nächsten Donnerstag auf die Tagesordnung des Plenums gestellten sozialdemokratischen Antrag wieder abzusehen, der von der Regierung die beschleunigte Vorlegung einer Wändervorlage zum sächsischen Wahlgesetz verlangt. Nach dem Antrag soll der Landtag beschließen, die Regierung zu ersuchen, eine Vorlage zum sächsischen Wahlgesetz vorzulegen, in der die beanstandeten, verfassungswidrigen Bestimmungen beseitigt sind. Die Beratung dieses Antrags hätte die jämmerliche Struktur der Koalition, ihre Sünden und ihre Widersprüche, vor allem aber — nach den bekannten Staatsgerichtshofsurteilen — die Verfassungswidrigkeit ihres Bestandes in öffentlicher Beleuchtung zeigen müssen. Das wollten die Koalitionshelden verhindern, und da sie die Mehrheit haben, konnten sie es verhindern durch den Beschluß, den Antrag wieder von der Tagesordnung abzusehen. Vergessen wies Genosse Schwarz darauf hin, daß mit der Ablehnung im Lande der Eindruck erweckt werde, daß die Landtagsmehrheit die Aussprache fürchte. Die Angsthelden ließen sich nicht stören, sie brauchen keine Argumente, denn sie haben die Mehrheit. So konnten sie wieder einmal die öffentliche Stellungnahme vermeiden. Aber aufgehoben ist nicht aufgehoben! Daß auch die Demokraten für die Ablehnung des Antrages von der Tagesordnung waren, sei nur um deswillen erwähnt, weil sich die demokratischen Blätter in den letzten Wochen nicht genug tun konnten in den Behauptungen und Nachweisen, der Landtag müsse aufgelöst und neu gewählt werden. Jetzt, wo die Angelegenheit auch nur erörtert werden sollte, zogen die Demokraten mit den übrigen Koalitionstrübsen am gleichen Strang, um den sozialdemokratischen Antrag abzuwürgen! Das sind die sächsischen Demokraten!

Su wenig Baukontrolleure

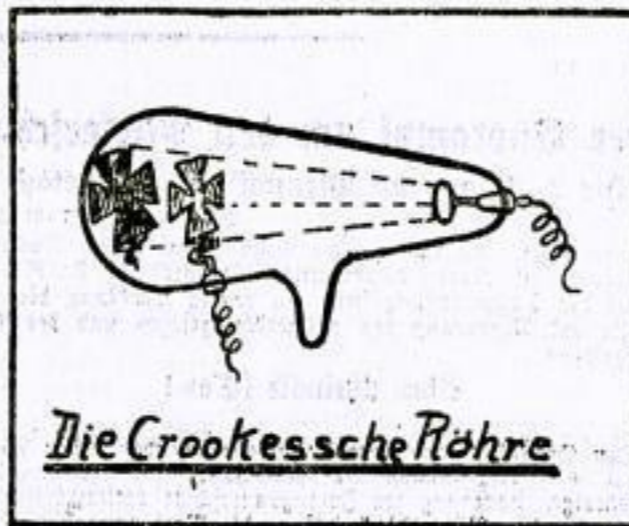
Unternehmer und reaktionäre Presse behaupten, daß in Deutschland zu wenig Sozialpolitik getrieben werde. Es kann nicht oft genug betont werden, daß viel zu wenig Sozialpolitik getrieben wird. Weder in vorbeugender, noch in helfender und unterstützender Hinsicht ist keinesfalls den Ansprüchen, die angesichts des ungeheuer gesteigerten Arbeitstempos an sie gestellt werden müßten. Wie ungenügend z. B. die Ueberwachung der Bauten in Sachsen ist, zeigt der Umstand, daß im gesamten Gebiet des Freistaates Sachsen zur Zeit insgesamt 11 Baukontrolleure vorhanden sind, davon sind 3 vom Staat angestellt (je einer in der Amtshauptmannschaft Chemnitz, Glauchau und Kreisamptmannschaft Zwickau). Von den restlichen 8 sind von der Stadt Chemnitz 3, von der Stadt Dres-



Zur Geschichte der Radioröhre

Die moderne Funktechnik steht zweifellos unter dem Zeichen der Radioröhre. Das unscheinbare Leuchten dieses kleinen Wundergerätes schließt die Geistesarbeit zweier Menschenalter ein. Hunderte von Patenten wurden zum Schutze der vielen Neuerungen und Verbesserungen erteilt. Allein diese Tatsache läßt erkennen, wie eifrig die Forschungsarbeit zu ihrer Ausgestaltung betrieben wurde. Die Geschichte der Radioröhre kennt heftige Kämpfe zwischen den einzelnen Erfindern und Patentinhabern. Nur so oft wurde die gleiche Erkenntnis in verschiedenen Ländern von einander völlig unbekannt Forschern gewonnen. Diese Ereignisse können wir sehr oft in der Geschichte moderner Erfindungen feststellen. Sie hat ihren Grund darin, daß die Technik zum internationalen Gut geworden ist, so daß ihre Probleme Allgemeinbesitz der technischen Sachverständigen wurden.

Man kann den Vorläufer der modernen Radioröhre in der bekannten Crookes'schen Röhre erblicken, die in der Abbildung in der von Crookes benutzten Form wiedergegeben ist. Heinrich Geißler war ein geschickter Mechaniker, der in seiner Werkstatt zu Bonn manchen Apparat zur physikalischen Forschung errichtete und herstellte. Seine 1800 herausgebrachte Röhre wurde von namhaften Gelehrten zur Erforschung der Entladungsvorgängen durch Gase ausgenutzt. Unter diesen sind vor allem Crookes und Hittorf zu nennen. Crookes wurde am 17. Juni 1832 zu London geboren. Er ist der Schöpfer der bekannten Lichtmühle. Er untersuchte vor allem das Wesen der Kathodenstrahlen. Die an der Spitze seiner Röhre befindliche runde Scheibe ist die Strahlen ausführende Kathode, das drehbar angeordnete Kreuz die Anode. Strahlen, die in der Richtung von der Kathode zur Anode laufen, durchdringen nicht die Anode, so daß das Kreuz als dunkler Schatten auf dem Hintergrunde der Röhre erscheint. Damit war der gradlinige Verlauf der Kathodenstrahlen erwiesen. Man sieht, daß diese Röhre nur noch des glühenden Fadens und des Gitters bedürfte, um als Radioröhre



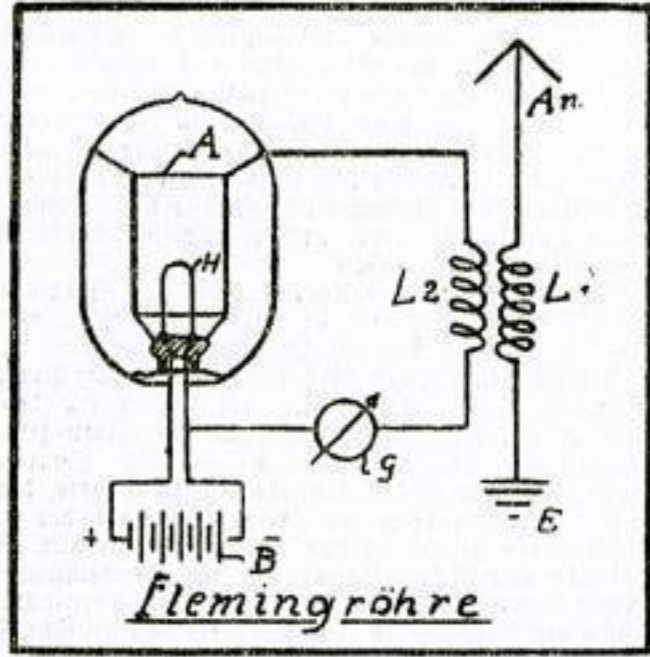
Die Crookes'sche Röhre

röhre angesprochen zu werden, Crookes, der zur Erklärung der bei der Kathodenröhre auftretenden Erscheinungen die längst verlassene Theorie eines "vierten Aggregatzustandes", worunter er die "strahlende Materie" verstand, aufstellte, ist am 4. April 1910 zu London gestorben. Der am 27. März 1824 zu Bonn geborene Physiker Hittorf beschäftigte sich ebenfalls mit der Kathodenröhre. Er untersuchte den Durchgang der Elektrizität durch Gase und Flüssigkeiten und entdeckte dabei die Erscheinung der Ionenwanderung. Er starb am 28. November 1914 zu Münster.

Den nächsten Schritt auf dem Wege zur Radioröhre machte Wheatley, der den sogenannten Edison-Effekt untersuchen wollte. Er konstruierte eine Röhre, deren Kathode als oxydierter Glühfaden ausgebildet war. Verband man nun die Kathode mit der Anode über eine 100-Volt-Batterie, so daß ihr positiver Pol zur Anode führte, so begannen winzige Elektrizitätssteilchen, die Elektronen, durch den luftleeren Raum von der glühenden Kathode zur kalten Anode zu wandern.

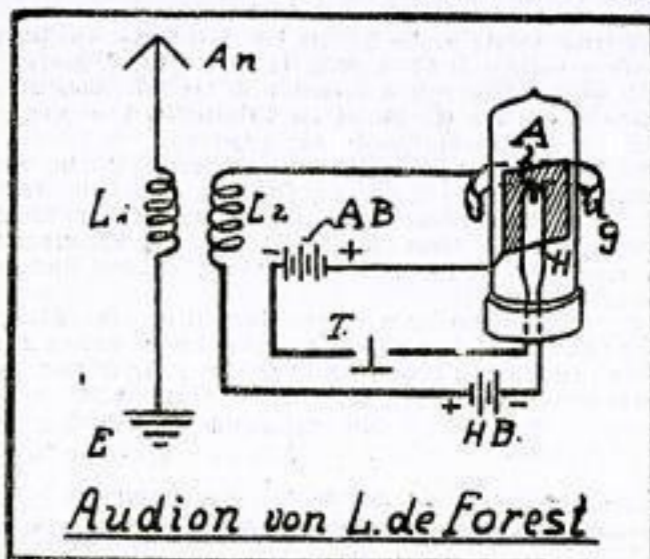
Die Elektronen sind negative Elektrizitätssteilchen, die von der positiv geladenen Anode angezogen werden, da ungleichnamige Pole sich anziehen. Diese Röhre konnte man schon ohne weiteres an Stelle eines Kristalldetektors zur Gleichrichtung in einem Empfangsgerät einbauen. Das tat der Engländer Fleming, der das erste Patent auf die Glühkathodenröhre als Detektor für Funkempfangsgeräte nahm. Die Abbildung zeigt die von ihm angewandte Schaltung. Wir erkennen in seiner Röhre den Glühfaden H, der von der Anode, einem runden Blech, umgeben ist. An ist die Antenne, L₁ die Antennenpule, E die Erde. Die Koppelungspule L₂ nimmt die Schwingungen induktiv auf; sie werden von der Röhre gleichgerichtet und vom Galvanometer G angezeigt. Hervorzuheben ist

bei dieser Röhre, die ganz ausgezeichnete Anordnung der Anode um den Glühfaden herum, die auch bei den neuesten Röhren wiederzufinden ist, nachdem man lange Zeit andere Anordnungen bevorzugt hatte. Bei dieser Schaltung fehlt noch die Anodenbatterie, die von dem Telefunken-Ingenieur Brandes angegeben wurde.



Flemingröhre

Den wichtigsten Schritt auf dem Wege zur Schaffung der modernen Röhre tat der Amerikaner Lee de Forest, indem er das Gitter schuf. Unsere Abbildung zeigt die erste Röhre dieser Art, die de Forest verwendete. Das Gitter, das heute als Spirale ausgebildet im Innern der Röhre liegt, ist hier noch außen um die Röhre herumgelegt. Die von de Forest angegebene Schaltung entspricht der bekannten Audion-Schaltung. Die Bezeichnungen in der Abbildung sind genau so gewählt, wie bei der Darstellung der Flemingröhre. Nur ist hier noch die Anodenbatterie AB hinzugekommen. Forest verlegte später das Gitter in das Innere der Röhre. Zur gleichen Zeit arbeitete in Deutschland von Lieben an der Durchbildung der Röhre, die er als "Kathodenrelais" bezeichnete. Ein Relais ist ein Gerät, das mittels kleiner Kräfte betätigt wird, seinerseits aber eine wesentlich größere Wirkung auslöst. Die wesentlich größere Wirkung besteht aber bei der Radioröhre in der Verstärkung der aufgenommenen Schwingungen. Von Liebens Röhre wurde denn auch anfänglich vor allem zur Verstärkung der Telephonströme verwendet. Fleming und de Forest hatten die Gleichrichtwirkung der Röhre als wesentlich erkannt, von Lieben die der Verstärkung. Aus diesen Erkenntnissen heraus erwuchs die bewusste Anwendung der Radioröhre in der Empfangstechnik. Die Ausnutzung der Rückkopplung zur Schwingungsverzögerung machte die Röhre zum Untergerät der modernen Funktechnik. Sie wurde wissenschaftlich untersucht, so daß man Wege für ihre Wirkung fand und die Möglichkeit gewann, Röhren herzustellen, die den einzelnen Verwendungszwecken angepaßt waren. Die Groß-



Audion von L. de Forest

industrie hat Verfahren zur serienweisen Herstellung dieser Röhren ausgearbeitet. Aus dem interessanten Laboratoriumsgerät ist so im Laufe der Jahre ein viel begehrter Massenartikel geworden. W. M.

den 2 (ein dritter wird Ende März angestellt), von der Stadt Leipzig 2 und 1 von der Stadt Freital angestellt!

In vier Städten, zwei Amtshauptmannschaften, einer Kreisamptmannschaft für 8 Amtshauptmannschaften genießen die Bauarbeiter bei ihrer vielfach gefährlichen Arbeit ein klein wenig Schutz, in den übrigen 20 Amtshauptmannschaften ist selbst dieser minimale Schutz durch einen Berufsangehörigen nicht vorhanden.

Zeugt es angesichts der hohen Unfallziffern im Baugewerbe nicht von größter Unverantwortlichkeit gegenüber von Leben und Gesundheit der Arbeiter, wenn immer wieder über „juwiel Sozialpolitik“ geklagt wird?

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat dazu einen Antrag eingebracht, der von der Regierung verlangt, daß zur Wahrnehmung des Schutzes von Personen, die bei der Ausführung von Bauwerken beschäftigt sind, für jeden amtshauptmannschaftlichen Bezirk einschließlich der bezirksfreien Städte mit Ausnahme von Dresden, Chemnitz und Leipzig ein Baukontrolleur aus den Kreisen der Berufsarbeiterschaft angestellt wird.

Die wendische Sprache in Sachsen

Unabhängiger Rückgang des Wendeniums.

In der Zeitschrift des sächsischen Statistischen Landesamtes wird über die Verbreitung der wendischen Sprache in Sachsen berichtet: 1925 wurden in Sachsen 20 178 Personen mit wendischer Muttersprache gezählt, darunter 93 ohne die deutsche Staatsangehörigkeit. 24 150 (98,5 v. H.) dieser Personen hatten ihren Wohnsitz in den Amtshauptmannschaften Bauhen, Kamenz und Löbau. 1910 gab es noch 41 358 Personen mit wendischer oder wendischer und deutscher Muttersprache. In dem genannten Wendengebiet der Lausitz entfielen 1925 auf 1000 Einwohner 84, 1910 aber noch 126 wendischsprachige Personen. Dieser Rückgang ist übrigens schon seit längerer Zeit zu beobachten. Er beträgt in der Zeit von 1849

bis 1925 rund 40 vom Hundert, während die Bevölkerungszahl in derselben Zeit um 68 vom Hundert gestiegen ist. Hieraus folgt, daß die Anteilquote der Wenden an der Gesamtbevölkerung in dem Zeitraum von 76 Jahren um 64 vom Hundert zurückgegangen ist. Der Bearbeiter der Statistik, Regierungsrat Dr. Burkhart, bemerkt, daß über die wendische Muttersprache noch eingehende statistische Untersuchungen angeleitet werden sollen. Im besonderen ist geplant, die Frage näher zu untersuchen, inwieweit an dem Rückgang der wendischen Bevölkerung die natürlichen Bewegungsvorgänge Geburt und Tod beteiligt sind und inwieweit der Rückgang mit der Wanderungsbewegung in Zusammenhang zu bringen ist.

Der Protest von Bauhen. Der Stadtrat von Bauhen hat an den Landtag und die Regierung eine Eingabe gerichtet, in der gegen die in der sächsischen Zeitschrift geordnete Auflösung der Kreisamptmannschaft Bauhen protestiert wird. Die Eingabe ist von einer Reihe anderer Gemeinden in der Oberlausitz mit unterschrieben. Die Oberlausitzer fürchten durch die Auflösung der Kreisamptmannschaft eine Vernachlässigung der Wirtschaft in der Oberlausitz.

Freiberg. Aus dem fahrenden D-Zug gesprungen ist nachts in der Nähe von Frankenstein ein junger Mann. Er erlitt einen Oberschenkelbruch. Der junge Mann scheint in einem Zustande geistiger Verwirrung gehandelt zu haben; seine wirren Reden lassen vermuten, daß er an Verfolgungswahn leidet.

Maxentischen. Gasvergiftung. Der 68 Jahre alte Instrumentenmacher Pleisendel wurde in seinem Schlafzimmer tot aufgefunden. Infolge eines Rohrbruches war Gas in das Zimmer eingebracht, das seinen Tod verursachte hat. Ein bei Pleisendel wohnender junger Kraftwagenführer wurde betäubt, konnte aber wieder zum Bewußtsein gebracht werden.

Mehr Bergarbeiterschutz

SPD für Bergarbeiter-Forderungen — Reichsregierung gegen Achtstundentag

64. Landtagssitzung, Dienstag, 7. Februar 1928.

Das Haus nahm zunächst einige Bestimmungen vor, die in der letzten Sitzung ausgeführt worden sind. Der kommunistische Antrag gegen die Vorlage der Reichsregierung zum Mietrecht wurde dem Rechtsausschuss überwiesen.

Der Antrag der Volkspartei auf Verlängerung des Mietrechts und des Reichsmietengesetzes bis zur Behebung der Notwendigkeit Reform des Mietrechts wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Wirtschaftspartei und eines Teiles der Volksparteier angenommen.

Abgelehnt werden die sozialdemokratischen und die kommunistischen Anträge gegen die Lockerung der Zwangs-Wirtschaft, gegen die Mietpreiserhöhung am 1. Oktober 1928 usw. (Verb. Entlastungsliste links.) Nur die demokratischen Anträge auf Ausbau des Schiedsverfahrens in Mietangelegenheiten und Einschränkung des Kündigungsrechts der Vermieter fanden Annahme.

Kommunistische Kampfesweise.

Der Haushaltsausschuss B beantragte, den kommunistischen Antrag gegen den Arbeitszeitnotgesetzentwurf der Reichsregierung ausser Acht zu lassen. Ein anderer kommunistischer Antrag, der Landtag mißbilligt die Zustimmung der sächsischen Regierungsvorsteher im Reichsetat zum Arbeitszeitnotgesetz, ist von der Ausschussmehrheit angenommen worden.

Ges. Graupe betonte, daß der kommunistische Redner wieder einmal die alte Falze gegen die Gewerkschaftsführer und die Sozialdemokratie ausgehoben hat. Alle diese Reden hier im Landtag haben der Arbeiterklasse aber nicht den geringsten Vorteil gebracht. Die letzten Gewerkschaftswahlen haben bewiesen, daß die Arbeiterklasse diese alten kommunistischen Waisen nicht mehr hören will. Die Gewerkschaften haben sich deshalb gegen die Festlegung eines Maximalarbeitszeitgesetzes erklärt, weil in einzelnen bestimmten Fällen die Notwendigkeit eintreten kann, über die achtstündige Arbeitszeit hinauszugehen, übrigens ein Standpunkt, den auch die russischen Gewerkschaften vertreten. Wir als Sozialdemokraten sind stets für die grundsätzliche Festlegung des Achtstundentags eingetreten und gegen Ausnahmen gewiesen, die in der Praxis die Befestigung des Achtstundentags mit sich bringen könnten. Aus diesem Grunde hat auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gegen die Arbeitszeitnotverordnung, die recht lauscherliche Bestimmungen enthält, gestimmt. Es ist eben das Glend unserer Sozialgesetzgebung, daß sie auch Bestimmungen enthält, die nach allen Richtungen ausgelegt werden können. Immerhin bringen die Sozialgesetze der Arbeiterklasse doch so erhebliche Vorteile, daß ihre Abschaffung nicht verantwortet werden könnte. Die Stellung der Kommunisten zu den Anträgen auf Ratifizierung des Washingtoner Abkommens ist übrigens sehr interessant.

Die kommunistische Landtagsfraktion hat seinerzeit nämlich diesen Anträgen selbst zugestimmt, und heute soll die Zustimmung der Gewerkschaften zum Washingtoner Abkommen ein Verbot an die Arbeiterklasse sein.

Die Abstimmung ergab die Ablehnung beider kommunistischer Anträge, doch wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen ein Minderheitsantrag Schreiber (KPD) angenommen, bei dem zuständigen Reichsstellen dafür einzutreten, daß im jetzigen § 8 des Arbeitszeitnotgesetzes bestimmt wird, daß unter Tage in jedem Fall nur bis zu 7 Stunden gearbeitet werden darf.

Mißstände im Arbeitsvermittlungswesen.

Ein kommunistischer Antrag forderte, beim Landesarbeitsamt dafür zu wirken, daß in den Gemeinden, in denen kein Arbeitsamt besteht, Filialen zur Durchführung von Arbeitsvermittlungen für Erwerbslose errichtet werden. Es wird behauptet, daß an mehreren Orten Sachsens (es handelt sich dabei in erster Linie um das obere Erzgebirge) Beschwerden darüber kommen, daß die Erwerbslosen stundenlang zu ihren Stempelscheiben gehen müssen und stundenlang zu warten haben auf die Auszahlung ihrer Unterstützung.

Ges. Siegnoth betonte im Gegensatz zum kommunistischen Redner, der für diese Zustände das neue Gesetz verantwortlich machte, daß das Gesetz diese Zustände gerade unmöglich machen wolle. Die sozialdemokratische Fraktion werde dem Antrage zustimmen, sie mache jedoch die sächsische Regierung dafür verantwortlich, daß bei der Ernennung des Präsidenten des Landesarbeitsamtes über die Wünsche der Arbeiterklasse einfach hinweggegangen worden ist, und er warte auf das Bestimmteste, daß bei der bevorstehenden Wahl des Stellvertreters unter allen Umständen die Interessen der Arbeiter berücksichtigt werden, denn die Arbeiter, die sich vom Grundgesetz der Selbstverwaltung nicht abbringen lassen, wollen nicht bloß in den Ausschüssen vertreten sein, sondern auch in der Leitung mitwirken.

Da kein Antrag auf Ausschussberatung gestellt wurde, ernannte

der Präsident Schwarz die Abgeordneten Dpik (Komm.) und Siegnoth (Soz.), für die zweite Lesung Bericht zu erstatten.

Die sächsischen Werke als Unternehmer.

Ges. Geiser berichtete dann über die Ausschussverhandlungen, über die sozialdemokratischen Anträge, betreffend die Lohnverhältnisse im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, und die letzten Kämpfe dieser Bergarbeiter. Alle drei Anträge haben im Ausschuss keine Mehrheit gefunden.

Es liegen jedoch zwei sozialdemokratische Minderheitsanträge vor. Der erste lautet:

1. Die Entlohnung der Arbeiter des Werkes Hirschfelde ist auf der Grundlage der Tarifrechte der Kesselschmiede vorzunehmen.
2. Die Technische Rothilfe und die Polizei dürfen bei Arbeitskämpfen nicht eingesetzt werden.

Außerdem lag ein kommunistischer Minderheitsantrag vor, wonach die Regierung dafür sorgen soll, daß in den Braunkohlenwerken der A.G. Sächsischen Werke alle übrigen Forderungen der Gewerkschaften anlässlich des Streiks vom 17. Oktober 1927 sofort erfüllt werden.

Finanzminister Weber: Der Streik ist durch Schiedsspruch beendet worden. Dieser Schiedsspruch ist den Forderungen der Gewerkschaften weit entgegengekommen — so weit, daß eine Anzahl kleinerer Braunkohlenwerke durch die Mehrbelastung an Löhnen in Bedrangnis gekommen ist. Auch die Werke der Aktiengesellschaft Sächsischen Werke haben an dieser Mehrbelastung schwer zu tragen. Darüber hinaus auch diejenigen Forderungen der Gewerkschaften zu erfüllen, die sie im Schiedsverfahren nicht durchgesetzt haben, ist den Sächsischen Werken schon aus wirtschaftlichen Rücksichten nicht möglich. Was von den Löhnen gilt, das gilt auch von der Arbeitszeit.

Es ist ausgeschlossen, die Sächsischen Werke zur Verlängerung der täglichen Arbeitszeit der Braunkohlenarbeiter bis auf 8 Stunden anzuhalten.

Die Regierung ist der Technischen Rothilfe dankbar, daß sie sofort opferwillig eingegriffen und die Braunkohlenförderung in Hirschfelde und Böhlen in dem Umfang in Gang erhalten hat, daß die Großkraftwerke während des Streiks fortbetrieben werden konnten. Daß die Technische Rothilfe, um gegen Störungen ihrer Arbeit gesichert zu sein, polizeilichen Schutzes bedarf, ist selbstverständlich.

Ges. Ferkel blieb dem Minister die gebührende Antwort natürlich nicht schuldig und betonte dabei, daß der Streik der Bergarbeiter ein Erfolg gewesen ist. Hätte der Streik noch eine Woche länger gedauert, wären die Werke Böhlen und Hirschfelde aktionsunfähig geworden. Was die Technische Rothilfe für Anteil angeteilt hat. (Zuruf bei den Soz.: das weiß der Minister selber wie wir!) ... Diese Leute sind wie Lebrlinge angetreten. In den Betrieben der Sächsischen Werke, besonders in Böhle in Hirschfelde in weitestgehendem Umfang der Stahlhelmegeiß. (Bravo! rechts.)

Finanzminister Weber verteidigte nochmals den Einsatz der Technischen Rothilfe und sagte, der Direktor der Sächsischen Werke sei kein einziger Fall bekannt, wo eine Beschädigung von Anlagen durch die Arbeiter der Technischen Rothilfe erfolgt wäre.

Ges. Geiser sagte dem Minister, daß ein Staatsbetrieb ganz andere Verpflichtungen hat als ein Privatbetrieb. Unser Redner bezeichnete es als unerhört, junge, unerfahrene Leute der Technischen Rothilfe an komplizierte Maschinen zu stellen, für deren Arbeit niemand die Verantwortung übernehme.

Die Abstimmung ergab die Ablehnung der sozialdemokratischen Minderheitsanträge.

Für die Ablehnung stimmten auch die sogenannten Altsozialisten. Im gleichen Stimmverhältnis gelangten die Ausschussanträge zur Annahme. Angenommen wurde auch der kommunistische Antrag, der eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf acht Stunden in den Braunkohlengruben der Sächsischen Werke fordert.

Mehr Arbeiter in das Grubenführeramt.

Ein Antrag Wirth (KPD) forderte eine Ergänzung des allgemeinen Berggesetzes durch Anstellung je eines Grubenführers bei den Bergbauern Leipzig, Stollberg und Zwickau sowie beim Oberbergamt Freiberg.

Ges. Herrmann erbat die Ausschussberatung über den sozialdemokratischen Antrag auf baldige Vorlegung eines Gesetzesentwurfes über die Einführung von Grubenkommissionen für den Bergbau. Nach dem Ausschussantrage wird empfohlen, den sozialdemokratischen Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

Dem Grubenführeramt sollen künftig u. a. angehören: ein Vertreter (je zwei) der Werkbesitzer aus dem Braunkohlenbergbau, drei Vertreter (je zwei) der Arbeiter aus dem Steinkohlenbergbau, ein Vertreter (je zwei) der Arbeiter aus dem Braunkohlenbergbau und (neu) zwei Vertreter der Bergarbeiterverbände.

Derselbe Ausschuss beantragte auch einen Antrag Wirths (KPD) auf Ergreifung gewisser Maßnahmen zur Ver-

hütung von Unfällen im Bergbau in etwas veränderter Form anzunehmen.

Ministerialdirektor Dr. Jutz: Das Grubenführeramt ist erst am 1. April 1927 in Tätigkeit getreten; die Zeit seiner Wirksamkeit ist zu kurz, um jetzt schon ein abschließendes Urteil über die mit ihm gemachten Erfahrungen abgeben zu können. Die Regierung vermag deshalb dem Antrag Wirth unter 1 (Grubenführeramt) nicht zu entsprechen.

Diesmal war es speziell der Bergarbeiterverband, der vom Kommunisten Schreiber in der geschäftigen Weise angegriffen wurde. Seine Ausführungen hatten mit Bergarbeiterschutz auch nicht das mindeste mehr zu tun.

Ges. Herrmann vertrat um so energischer in längerer Ausführung die Bergarbeiterwünsche, wobei er auf die steigende Unfallziffer im Bergbau verwies.

Die Koalitionsparteien mit Einschluß der Aspiersleute beschloßen ohne triftigen Grund Zurückweisung des sozialdemokratischen Antrages an den Ausschuss, und führten damit eine abermalige Verzögerung dieser wichtigen Frage herbei. — Der Antrag Wirth wurde dem Haushaltsausschuss B überwiesen.

Die nächste Sitzung findet Donnerstag, 9. Februar, statt. Auf die Tagesordnung für diese Sitzung waren vom Vor-

Wenn ein König die Republik besucht

Die größte Sorge: Ein Königsstich

SPD Die Bürgerblockregierung des Reiches hat schwere Sorgen. Es hat sich nämlich der sogenannte König von Afghanistan, ein asiatischer Despot, bei ihr zum Besuch angemeldet, nachdem er bereits eine Reihe von anderen europäischen Hauptstädten besichtigt hat. Um diesen König zu empfangen, hat man sich schon wochenlang den Kopf zerbrochen über die Frage, wo man ihn unterbringen soll. Eines der Berliner Luxushotels ist für einen exotischen König immer noch zu plebejisch. Deshalb hat man sich nach einem richtigen Schloß umgesehen und selbst die demokratische Presse hat dabei allerhand Fingerzeige gegeben in der Ueberzeugung, daß eine Republik für Könige ein Befugnis haben müsse. Da die Reichsregierung indessen nicht über Kronschloß verfügt, so mußte sie sich an die Preussische Kronautverwaltung wenden. Aber auch diese konnte ihr von den früheren Hohenzollernschloßern nur solche anbieten, die den Bedürfnissen der gegenwärtigen Regierung nicht genügen. So hat sich das Blockkabinett schließlich mit den Vertretern des ehemaligen Herzogshauses in Verbindung gesetzt und von diesen glücklicherweise ein Berliner Palais vermietet bekommen. Ueber den Mietpreis wird strengstes Stillschweigen bewahrt. Er könnte, wenn er bekannt würde, ja auch nur den Witz abkühlen, der darin liegt, daß die Republik von abgesetzten Monarchen Wohnräume mietet, um einen asiatischen Kollegen der Abgelehnten „Standeswürdig“ unterzubringen.

Der neue „Deutsche Studentenverband“

Am 4. und 5. Februar kamen in Berlin aus allen Teilen des Reichs und Oesterreichs Vertreter sozialistischer und linksbürgerlicher Studentenorganisationen zusammen, um sich nach Auflösung der „Deutschen Studentenschaft“ über die gemeinsamen Ziele zu verständigen und zu einer Interessengemeinschaft zusammenzuschließen. Dieser Zusammenkunft konnte von den sozialistischen Vertretern nur beifällig erwähnt werden, wenn die Sagen unter Vermeldung aller Phrasen von einer Ideologie der Studenten- oder Volksgemeinschaft festlegten, in welchen Punkten die gemeinsamen Interessen liegen könnten. Kulturpolitik war von vornherein auszuschließen, und nur die Wirtschaftsarbeit und gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen, die in festeren Punkten aufzustellen waren, konnten das Recht für diese Neugründung geben. Es gelang zwar, alles Phrasenhafte aus den Statuten zu entfernen; es war aber den sozialistischen Vertretern nicht möglich, das wirtschaftliche Element als einziges hineinzuarbeiten, was schon in dem Namen hätte zum Ausdruck kommen müssen. Dadurch, daß man an Stelle von wirtschaftlichen Interessen in den Statuten vor wirtschaftlichen und hochschulpolitischen Interessen spricht, ist eine Ausbeutung der Sagen — das ist mit Entschiedenheit festzuhalten — in einem gefährlichen ideologischen Sinne möglich geworden. Das geht schon aus den ersten Berichten bürgerlicher Blätter hervor.

Den Vertretern dieser Anbahnung war es daher nicht möglich, der Geltung ihre Zustimmung zu geben. Trotzdem kam der Verband natürlich mit überwiegender Mehrheit zustande. Da die meisten Vertreter in Unkenntnis des Programms ohne Vollmacht waren, kann nach dem Beschluß der Tagung der Beitritt der einzelnen Gruppen nur vollzogen werden, wenn sie die Sagen ratifizieren. Der Vorteil dieses Verfahrens besteht darin, daß ein organisatorischer Zusammenschluß der Verbände hätte vermieden werden und den einzelnen Mitgliedschaftsgruppen ein Austritt aus der Organisation jederzeit möglich ist.

Den Gruppen, die ihre wirtschaftlichen Interessen, wie Gehälter, Zulassungsbedingungen usw. allein ohne diese Gemeinschaft besser vertreten können und für die auch der Eintritt ohne jeden Vorteil wäre, ist ein Beitritt nicht möglich. Im Ganzen wird man diese Gründung, deren Zweck in sozialistischen Sinne ohne Bedeutung ist, erst nach ihren Taten zu beurteilen haben. K. O.

Die Geburtsstunde des Friedens

Roman von Henry Poulaille.

Copyright by Paul Hofman Verlag, Wien.

„Gierig las er die Auseinandersetzungen des Zeitungsschreibers. Ein Offizier hatte den Kämpfern, den Kriegsveteranen, eine Fahne weggenommen. Er hatte sein glorreiches Siegesgeißel quer am Sattel seines Pferdes befestigt. War das nicht auch grotesk? Ein wenig weiter unten erzählte man, daß eine Abordnung von Politisten mißhandelt worden wäre und ein paar vom Teufel Besessene einen Wachmeister ernstlich verletzt hätten. ... Alles in allem nichts. ... nichts war an diesem 1. Mai vor sich gegangen.“

Er war so enttäuscht, so enttäuscht, daß er nicht einmal den Wunsch hatte, den ausführlichen Bericht über die Kundgebung in Ruhe zu lesen. Man hatte wieder nicht verstanden, aus dem Massenaufgebot Nutzen zu ziehen. ... Sein Herz wurde ihm schwer. Er warf das Zeitungsblatt fort, grübelte über die Zwecklosigkeit aller Kundgebungen. Er hatte es vorhergesagt. ... nichts würde man sehen. ... nichts. ...! Man konnte an den Menschen zweifeln. Wühlich war er ganz zufrieden, daß er hatte zu Bett liegen müssen, und noch ein wenig erregt, spann er seine Selbstgespräche fort.

„Die Menschen von heute! Großer Himmel! Das kommt daher, weil sie nichts im Magen haben! Man mühte wahrhafte Kräfte haben, um die verächtliche Moral der Menschen zu heilen. Soll man sein Ideal begraben? ... Nun, lieber sein Leben als Arbeitstier verbringen, als sich die Knochen für die andern zerbrechen lassen. Die andern Klappen in dem Augenblick, wo sie sich zeigen sollen, zusammen.“

„Ja ... man selber zuerst! ...“

Er war sich nicht klar über seine plötzliche Schwermut, bemerkte nicht ihren Ernst und ihre Bedeutung.

„Sich sein Loch graben und sich den Teufel scherzen um alle und um alles! Ich und Jemmel!“

Er erinnerte sich, daß diese in ihrem letzten Briefe geschrieben hatte:

„Ich hoffe, daß du von der Politik gelassen hast, denke daran, dir ein frohes Heim zu errichten, jeder muß ins klare kommen. Ich möchte gern glauben, daß ich einem schon Befehrten predige!“

Nach war er kein Befehrter. Aber das, was Magnenz in dieser Stunde noch nicht klar und deutlich erkannte, war, daß er abglitt; seitdem er angefangen hatte, sein Loben auf normale Weise zu verdienen, war sein „laissez-aller“ nach der bürgerlichen Seite.

Nur zwei Finger breit war er von seiner Befehrung entfernt!!! Von seiner Fahnenflucht.

Aber er hätte dieses Wort „Fahnenflucht“ nicht zugegeben.

Trotz der Ruhe des 1. Mai, der soeben vorübergezogen war, sollten sich doch hier und da einige Rückwirkungen sichtbar machen. Tatsächlich brachen in der Provinz und in Paris gleichzeitig verschiedene Streiks aus. Die Bekleidung Lornes, der von den Politisten gefeiert worden war, gab Anlaß zu einer Kundgebung, die nicht der Größe ermaßelte. Es war der 8. Mai. Magnenz, der Kellnerleutnant war, hatte sich angefeindet, um daran teilzunehmen, aber da er erst seit zwei Tagen außer Bett war, hatten ihn alle hundert Schritte Schwindelanfälle ergriffen und er hatte umkehren müssen.

„Es ist unvernünftig, so mit seiner Gesundheit zu spielen“, hatte ihm seine Wittin erklärt.

Er hatte auf seinem Beschluß bestehen wollen und war trotzdem gegangen, in Ueberdrehung seiner Kräfte. Eine Stunde später hatte er in sein Zimmer zurückkehren müssen. Ein neuer Fieberanfall malnte ihn zur Vernunft.

Es war gerade ein Brief von Jeanne angekommen, der ihn einen Augenblick lang ein wenig beschämte und verdrießlich machte: „Ich weiß nicht, was ich von deinem Schweigen denken soll. Der 1. Mai und die Bekleidung des armen Lorne scheinen dich so beschäftigt zu haben, daß du mich ganz vergessen hast. ... Die Politik ist eine schlechte Geliebte, und ich habe nicht die Absicht zu teilen.“

Er hatte ihr nicht mitgeteilt, daß er krank gewesen war. Er hatte ihr auch nicht schreiben können, und sie hatte gedacht: „Die Aktion nimmt ihn von neuem völlig gefangen.“ Nicht eine Minute war ihr der Gedanke gekommen, daß er vielleicht krank sei.

Zuletzt hatte er gedacht: „Du willst nicht teilen? Du bist anspruchsvoll, keine ... man muß sie zähmen!“ Das hatte er sich gesagt, weil er diesen Ton nicht liebte.

Dann hatten ihn bessere Gefühle besetzt, und er hatte ihr Beistand recht gegeben! Vielleicht sieht sie richtiger als ich, denn es sind immer dieselben, die sich die Knochen zerhauen lassen!“

Die Abtrünnigen und die Zeiglinge gebrauchten häufig große Worte für ihre Argumente, und Magnenz befand sich auf dem Abstieg.

Zum Glück sollte ihn bald ein Ereignis aus der Apathie reihen, in die er zu versinken drohte.

Nach zwölf Tagen der Abwesenheit war er wieder in die Fabrik zurückgekehrt, und er arbeitete gerade wieder seit einer Woche, als in den Regium-Werken der Streik erklärt wurde. Zuerst überfiel ihn eine starke Entmutigung, von der er sich nicht freimachen konnte. Das Pech verfolgte ihn, schon es nur auf ihn abgesehen zu haben. Er war sicher einer seiner liebsten Auserwählten. Dieser Streik, der gerade zwei Wochen nach seiner erzwungenen Ruhepause ausbrach, war wieder eine verwünschte Widerwärtigkeit und würde die Rückkehr seiner Frau nicht beschleunigen. ...

„Ich würde den Boden völlig verlernen“, das war sein erster Gedanke gewesen. Dann hatte er seine Raubbillichkeit zurückgewonnen, hatte sich die Sache genauer angesehen und ziemlich rasch seinen Entschluß gefaßt. Die Ausbeutung war himmelschreiend, man mußte ein wenig am Joch rütteln.

„Wer Mut hat, muß ihn jetzt zeigen. Ich bin dabei“, entschied er.

In diesem Sonnabend zirkulierte nach der Lohnauszahlung in jeder Abteilung der Fabrik ein Blatt. Als er den Packraum durchschritt, hatte er es gesehen. Es war ein kleiner Belegzettel, auf dessen Rückseite etwa zwanzig Zeilen geschrieben waren. In schöner Rundschrift prangte das Wort „Forderungen“. Ein paar andere Worte waren mit Koffizit unterstrichen.

„Gleicher Arbeit gleicher Lohn, Abschaffung der Ueberstunden.“ Vier Zeilen mit Koffizit zogen die Aufmerksamkeit auf sich:

„Das Komitee schlägt den Arbeiterinnen und Arbeitern der Regium-Werke vor, mit dem heutigen Tage in den Streik zu treten, wenn nicht seitens der Direktion bindende Versprechungen abgegeben werden, die oben erwähnten Forderungen zu prüfen.“

Zugleich zirkulierte ein größeres Blatt, das feststellen sollte, ob die Arbeiter und Arbeiterinnen am Streik teilnehmen würden, falls die Forderungen vollständig abgelehnt oder mit allzu ungewissen Versprechungen beantwortet würden.

(Fortsetzung folgt.)

Das russische Geschäft

Die einzelnen und der eine

Am 9. Februar werden in Berlin deutsch-russische Wirtschaftsverhandlungen beginnen, um den Waren Austausch zwischen Deutschland und Rußland, und vor allem die Ausfuhr deutscher Industriewaren nach Rußland, auf eine bessere Grundlage zu stellen. Nachdem die im Herbst 1925 vereinbarte Regelung des Handelsverkehrs zwischen Deutschland und Rußland zwei Probejahre hinter sich hat, herrscht in deutschen Industriekreisen eine starke Enttäuschung. Es wird darauf hingewiesen, daß Deutschland im russischen Wirtschaftsjahre (vom 1. Oktober bis 30. September) 1926/27 zwar erheblich mehr russische Exportwaren aufgenommen hat als im Jahre zuvor (167,3 gegenüber 111 Millionen Rubel), daß aber umgekehrt die russische Einfuhr deutscher Exportartikel in derselben Zeit von 172,2 auf 157,7 Millionen Rubel zurückging. Man beklagt sich in den die deutsche Wirtschaftspolitik mehr oder weniger bestimmenden Kreisen bitter darüber, daß andere Länder von Rußland offensichtlich bevorzugt werden sind.

In der Industrie- und Handelszeitung, einem, wie wir besonders betonen, halbamtlichen Organ, werden nun am 7. Februar von Rudolf Schirmer die Probleme des deutsch-russischen Handelsverkehrs genauer umrissen. Dabei kommen nicht nur die deutschen Beschwerden zum Vorschein, dabei wird vor allem auch die Schwäche der deutschen Verhandlungsposition gegenüber Sowjetrußland hervorgehoben. Insbesondere diese Ausführungen über das organisatorische Problem sind außerordentlich interessant, weil sie hervortreten lassen,

welchen Vorzug eine selbst nur staatskapitalistische, aber wirtschaftlich einheitlich geführte Wirtschaft hat gegenüber der Einzelung der Interessenten, wie sie für alle privatkapitalistischen Länder festzustellen ist.

Obwohl das, was man die russische Volkswirtschaft nennt, im Vergleich zu dem Wirtschaftskomplex, der die deutsche Volkswirtschaft heißt, von der Außenhandelsseite aus betrachtet nur sehr klein ist, erscheint es in der Zusammenfassung wahrhaft als ein Riese.

Das Rutenbündel ist (mit dem Beil) nicht nur das Wahrzeichen des Faschismus, es ist jedem von uns (ohne Beil) auch bekannt als das Symbol einer Stärke, beruhend auf der Einmütigkeit vieler Einzelner. In diesem Sinne ist die durch den russischen Staatskapitalismus repräsentierte russische Volkswirtschaft das starke Rutenbündel, und die fälschlich so genannte deutsche Volkswirtschaft erscheint demgegenüber in ihrer ganzen Kläglichkeit und Schwäche, so stark in ihre auch einzelne Industrien kartellisiert und vertrustet sind. Die J- und H-Zeitung umschreibt diesen Zustand mit der Erklärung: „Durch die Zusammenfassung des gesamten Außenhandels an einer Zentralfstelle in seinem Wirtschaftssystem ist Rußland dem deutschen Außenhandel, der in den Händen zahlreicher miteinander konkurrierender Einzelnen liegt, von vornherein überlegen.“ Die Beschwerden der deutschen Kontrahenten des deutsch-russischen Handelsverkehrs beruhen nach der J- und H-Zeitung „im wesentlichen in dem russischen Außenhandelsystem“, sind „nur der natürliche Ausfluß der Überlegenheit des Außenhandelsmonopols“.

Der Vertragszustand zwischen Deutschland und Rußland wird von der J- und H-Zeitung so charakterisiert, daß Deutschland bisher „allein auf den guten Willen Rußlands angewiesen“ ist. Man mußte „darauf verzichten, dem russischen System des Außenhandelsmonopols ein auf diese russischen Verhältnisse abgestelltes Vertrags-

instrument zur Sicherung der tatsächlichen Parität entgegenzusetzen“. Der seinerzeit unternommene Versuch, Rußland zur Abnahme bestimmter deutscher Warenkontingente zu verpflichten, ist an dem russischen Widerstand gescheitert. Rußland hat lediglich zugesagt, das Geschäft mit Deutschland zu intensivieren. Der „Erfolg“ dieser „Intensivierung“ ist aus den schon genannten Zahlen zu erkennen; er kommt außerdem in der Klage der deutschen Industriellen zum Ausdruck, daß Rußland seine Aufträge „nicht immer nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten vergibt, sondern daß bei der Verteilung der Aufträge auf die einzelnen Länder auch politische Rücksichten mitspielen“.

So hat Rußland z. B. im letzten Jahre das Geschäft mit Deutschland praktisch im wesentlichen auf die doch für einen wirtschaftlichen Export bestimmten Reichsgarantiegeschäfte beschränkt, während die Barläufe und kurzfristigen Geschäfte vielfach in das übrige Ausland gelegt worden sind, obwohl in den Preisen darin die Ursache noch nicht zu finden war.

Soweit die Klagen der deutschen Interessenten am Rußlandgeschäft sich auf die Geschäftsmethoden der Russen beziehen, kann der unbelangene Zuschauer sich oft eines Lächelns nicht erwehren. Wir wissen schon lange, daß die russischen Handelsvertreter im Ausland außerordentlich getreffe Geschäftsleute sind. Soweit sie dabei nicht in ihre eigene Tasche arbeiten (was auch vorgekommen ist), erfüllen sie aber mit dem Aufwand allen geschäftlichen Scharfsinns nur ihre Pflicht, und wenn sie bei dieser Pflichterfüllung den ausländischen Kapitalisten unbehagen werden, so ist dazu zu sagen, daß ja im kapitalistischen Konkurrenzkampfe derartige Unbehagenlichkeiten ständig an der Tagesordnung sind.

Die J- und H-zeitung weist darauf hin, daß von der russischen Handelsvertretung, „um das Preisniveau festzustellen“, von allen möglichen Arten Offerten eingeholt werden, die vielfach sogar von vornherein nicht ernst gemeint sind. Diese Praxis befolgen auch Privatfirmen, die den Verdacht haben, daß Preisverabredungen gegen sie bestehen, um auf solche Weise den Ring zu sprengen. Was die J- und H-„schonungslosse Preisdrücker“ nennt, müßte auf seine Berechtigung erst untersucht werden. Wir kennen jedenfalls genügend Fälle von Preisdrückeri nationaler und internationaler Kapitalisten untereinander, die oft mehr als schonungslos sind. Wenn die J- u. H. sich weiterhin über die Härte der russischen Abnahmebedingungen“ erregt und die russischen Forderungen unberechtigt nennt, „die Herstellung in den deutschen Fabriken von russischen Ingenieuren überwachen zu lassen“, so halten wir für möglich, daß die im Preise gedrückten deutschen Unternehmer den Preisnachschub im Qualitätsunterschied auszugleichen versuchen und daß die russischen Abnahmebedingungen lediglich eine berechtigte Abwehr dagegen darstellen. Wir wissen auf alle Fälle, daß solche Überwachungen der Herstellung national und international so oft stattfinden, daß man sie als regelmäßig bezeichnen kann.

Für den Publizisten, der oft gegen bürgerliche Angriffe auf die Zusammenfassung von Wirtschaftsinteressen durch „die öffentliche Hand“ Stellung nehmen muß, weil in dieser Zusammenfassung angeblich eine Schwäche gegenüber der einseitigkapitalistischen Stärke liegen soll, bleibt von den deutschen Unternehmerklagen nur der Einwand,

wie hart in Wirklichkeit einheitlich zusammengefaßte Wirtschaftsinteressen sich durchzusetzen vermögen. Als Sozialist muß man dabei, auch wenn man durchaus nicht ge-

neigt ist, die russische Volkswirtschaft als eine sozialistische anzuerkennen, besondere Befriedigung empfinden darüber, daß offensichtlich die Planwirtschaft gegenüber der berühmten Unternehmerinitiative ihre großen Vorteile hat. Wenn das festzustellen ist für „das dürre Holz“ des russischen Staatskapitalismus, welche Überlegenheit muß dann erst, um bei der Umkehrung des der Bibel entnommenen Bildes zu bleiben, von dem „grünen Holz“ einer wirklich sozialistischen Bedarfswirtschaft zu erwarten sein! Erhebt in solchem Zusammenhange schon der russische Staatskapitalismus als Riese, so ist das sozialistische Prinzip ein Ueberrieser der Zukunft zu nennen.

Es ist anzunehmen, daß die Berliner deutsch-russischen Verhandlungen von Deutschland mit größter Energie geführt werden. Man denkt daran, dem russischen Außenhandelsmonopol ein privates deutsches Exportkartell für das Rußlandgeschäft gegenüberzustellen, ist sich aber über die Schwierigkeiten solcher Kartellierung durchaus im Klaren. Da man nicht erwartet, auf diese Weise etwas Besondere zustande zu bringen, so will man wieder auf die Forderung hinaus, Rußland zur Abnahme bestimmter deutscher Ausfuhrkontingente zu zwingen. Rußland hat inzwischen solche Kontingentsverträge mit Lettland, Persien und der Türkei abgeschlossen. Man hofft deshalb, bei den Russen nicht mehr auf die seinerzeitige grundsätzliche Abneigung zu treffen. Praktisch hält man es für möglich, „die russische Abnahmeverpflichtung an die jeweilige russische Ausfuhr nach Deutschland zu binden“. Wir sind auf das Resultat der so eingeleiteten Verhandlungen gespannt und werden nach ihrem Abschluß nicht verfehlen, unser Versehen mitzuteilen, wie der deutsch-russische Weltkampf ausgegangen ist.

Die Behauptung der kommunistischen Presse, daß Deutschland im Verlauf der Verhandlungen auch eine Neuregelung der russischen Vorriegeschulden beabsichtigt, trifft — nicht der Sowjetdienst erzählt — nicht zu. In dieser Frage ist jede deutsche Initiative durch den Rapallo-Vertrag vollkommen ausgeschlossen. Deutschland und die Sowjetunion haben damals alle Entschädigungsansprüche fallen lassen. Nur wenn Sowjetrußland einen dritten Staat besser stellen sollte als Deutschland, kann das Deutsche Reich neue Ansprüche geltend machen. Diese Voraussetzung ist aber vorläufig noch nicht erfüllt. Das sollte eigentlich niemand besser wissen als unsere deutschen Volkswirten. Ihr Gescheh über eine bevorstehende Verletzung des Rapallo-Vertrags durch Deutschland oder gar die deutsche Sozialdemokratie ist deshalb nichts anderes als eine böswillige Verleumdung.

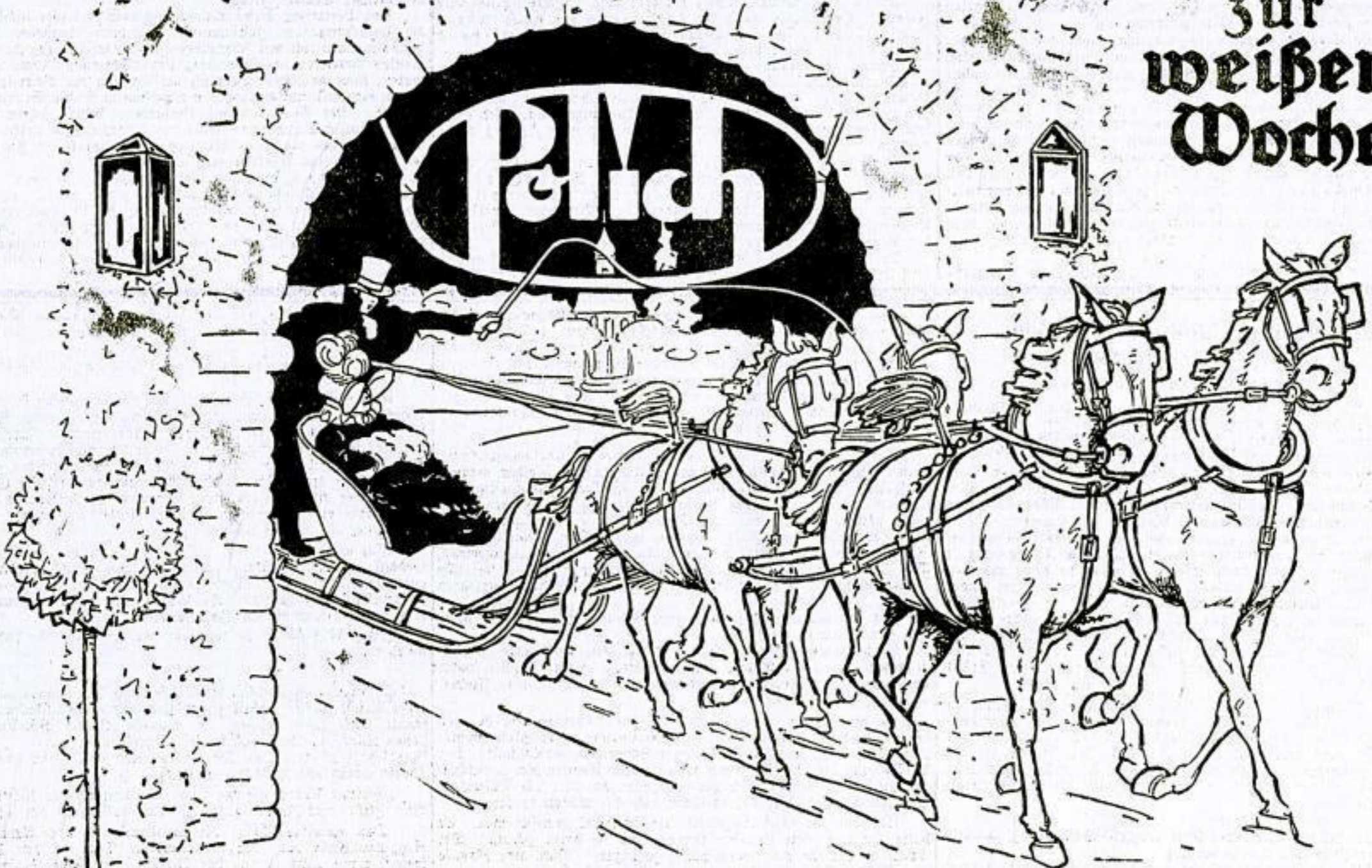
Zusammenschluß in der Landwirtschaft

Ein Ring ostpreussischer Gutsbetriebe wurde, wie jetzt in der „Georgine“ berichtet wird, am 1. Januar 1927 mit einigen wenigen Betrieben gegründet. Er umfaßt heute 16 Betriebe aller Größenklassen mit einem Areal von 184 000 Morgen. Er ist eine Interessengemeinschaft, welche sich den Ankauf bestimmter Artikel, die Bewertung gewisser standardisierter Produkte sowie eine Arbeitsgemeinschaft in landwirtschaftlich technischer Hinsicht zur Aufgabe gestellt hat.

Die einzelnen Betriebe treten dem Ringe auf die Dauer von einem Jahre bei. Die Güter behalten ihre vollkommene wirtschaftliche Selbständigkeit bei und nehmen den Ring nur in dem Maße in Anspruch, wie sie es im eigenen Interesse für wirtschaftlich und zweckmäßig halten. Die Erfahrungen des ersten Jahres sollen gezeigt haben, daß eine Eingruppierung auf billigeren Einkauf, und eine besser als durchschnittliche Bewertung gewisser landwirtschaftlicher Produkte zu erreichen ist.

Leipziger Sensation

zur
weißen
Woche



Überzeugen Sie sich durch eine Besichtigung unserer künstlerischen Innen- u. Außendekorationen. Beachten Sie unser Preisanschreiben!

Ausperrungs-Drohungen

Gesamt-Ausperrung?

Beschlüsse der Metallindustriellen

SPD Berlin, 8. Februar (Radio).

Der Vorstand des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller beschloß am Dienstag folgendes:

1. Die mitteldeutsche Gruppe in dem ihr aufgezwungenen Lohnkampfe mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.
2. In diesem Zwecke den vorhandenen Fonds durch eine das gesamte Verbandsgebiet umfassende geldliche Umlage zu vergrößern.
3. Zur Unterstützung der mitteldeutschen Gruppe zu gegebener Zeit zur Gesamtausperrung zu schreiten.
4. Eine Kommission von 12 Herren aus allen Teilen des Reiches einzusetzen, die mit der Durchführung der beschlossenen Maßnahmen beauftragt und mit allen Vollmachten ausgestattet ist.

Die Dresdner Verhandlungen verlagert

MTB Dresden, 7. Februar.

Wie von der Staatskanzlei mitgeteilt wird, sind die Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes in der sächsischen Hüttenindustrie auf Freitag, den 10. Februar, 11 Uhr, verlagert worden. Wie hierzu weiter gemeldet wird, besteht Aussicht auf eine gütliche Einigung.

Ausrufr

Die Wahlzeit der Mehrzahl der Betriebsvertretungen läuft infolge der alljährlich von den Gewerkschaften zu dieser Zeit durchgeführten Neuwahlen wiederum in den Monaten März-April 1928 ab.

Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen für das Jahr 1928 sind daher von den Ortsauschüssen des ADGB und den Ortsstellen des MFB-Bundes

in den Monaten Februar-März 1928

gemeinsam durchzuführen. Es ist zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen, an welchem alle Betriebsvertretungen die Bestellung eines Wahlvorstandes vornehmen und diejenigen Betriebsstellen, die gegenwärtig eine Betriebsvertretung nicht besitzen, ihren Arbeitgeber zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften.

Diejenigen Betriebsvertretungen, die erst nach dem 1. Oktober 1927 gewählt worden sind, brauchen jetzt eine Neuwahl noch nicht durchzuführen, ebenso handeln die Betriebsvertretungen sämtlicher Behörden, sowie diejenigen im Bergbau, im Baugewerbe und in der Land- und Forstwirtschaft nur nach den unmittelbaren Anweisungen ihrer zuständigen Gewerkschaften. Alle übrigen Betriebsvertretungen sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen zu dem dafür bestimmten Termin vornehmen.

Wichtigend für die Durchführung der Wahlen

sowohl für die Arbeiter als auch für die Angestellten sind die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Leipzig 1924. Hiernach ist genau zu verfahren. Insbesondere ist unter allen Umständen zu unterlassen, in verschiebter oder offener Form politische Wahlen auszustellen. Außerdem dürfen in keinem Falle in die Listen der freien Gewerkschaften Kandidaten aufgenommen werden, die unorganisiert sind. Wo hiergegen Verstöße vorliegen, können die Gewerkschaften beratige Wahlen auf Grund der Kongressbeschlüsse nicht anerkennen.

Die für die Durchführung der Neuwahlen notwendigen Formulare hat sich der Wahlvorstand im Betriebe auf Kosten des Arbeitgebers herstellen zu lassen.

Ein Merkblatt für die Durchführung der Wahlen

und Muster für die notwendigen Formulare können durch die Ortsauschüsse und die Ortsstellen von der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S 14, bezogen werden.

Auch das Jahr 1927 hat im Zeichen schwerer wirtschaftlicher Kämpfe gestanden. Die Arbeitgeber glauben durch die Gründung

von Werkvereinen die Macht der Gewerkschaften der Arbeiter und der Angestellten schwächen und damit die Arbeitsbedingungen verschlechtern zu können. Daß diese Bestrebungen keinen Erfolg haben werden, ergibt sich allein schon aus der Tatsache, daß die Gewerkschaften im Jahre 1927 Hunderttausende neuer Mitglieder gewonnen haben. Es gilt, die Reihen der Gewerkschaften weiter zu stärken, die Unorganisierten sind aufzuklären und zu tätigen Gewerkschaftsmitgliedern zu erziehen.

Die Wahlparole

für die Betriebsrätenwahlen 1928 ist:

Für wirkliches Mitbestimmungsrecht durch die Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten!

Gegen Werkvereine und gegen die Zerstückelung der Kampftruppe der Arbeiterklasse!

Berlin, den 1. Februar 1928.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund Allgemeiner freier Angestelltenbund

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

In der am 31. Januar stattgefundenen, gutbesuchten Generalversammlung in Leipzig erstattete Kollege Bach den Geschäftsbericht. Aus der Fülle der Gewerkschaftsarbeit behandelte er die Lohnpolitik, Ruheordnungen und die Verschmelzungsfrage. Bei dem Kampfe um höhere Löhne zeigte er, wie falsch es ist, wenn die Unternehmer mit dem Index treiben gehen. Die Verschlebung der Kosten, die der Indexberechnung zugrunde gelegt werden, treten beim Arbeiterhaushalt nur geringfügig — in der Form: Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterklasse — in Erscheinung. Das bei den Lohnkämpfen Erreichte kann die Arbeiterklasse nicht zufriedenstellen!

Dasselbe gilt auch für den Kampf um die Ruheordnungen. Gerade für die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse der Arbeiter öffentlicher Betriebe spielt das Kräfteverhältnis der Gewerkschaften im Stadt-, Land- und Reichsparlament eine Rolle. Deshalb hat es die Arbeiterklasse in diesem Jahre in der Hand, dafür zu sorgen, daß die Macht der Arbeiterklasse in den Parlamenten gestärkt wird! Die Verschmelzungsverhandlungen mit dem Verkehrs- und dem Eisenbahnerverband gehen trotz Ausscheidens des Maschinen- und Heizerverbandes weiter. Die Verhandlungsbasis werden in diesem Jahre dazu beschliffen.

Als erfreuliches Zeichen der Aufwärtsbewegung der Fikale ist festzustellen, daß der höchste Mitgliederbestand, den die Fikale seit ihrem Bestehen je gehabt hat, bereits überschritten worden ist! Nach lebhafter Aussprache wurde ein Antrag angenommen, in welchem vom Vorstand des ADGB der Ausschluß des Maschinen- und Heizerverbandes wegen Streikbrucharbeit gefordert wird.

Die bisherigen Ortsverwaltungsmitglieder und der Kollege Warshaw wurden in den Fikalvorstand gewählt.

Wie wir in Ergänzung des vorstehenden Berichtes noch erfahren, erlitten die Kommunisten bei den Wahlen einen schweren Herceifall. Von mehr als 420 Stimmen erhielten ihre Kandidaten nur 118 bis 140 Stimmen. Das heißt, daß die Kommunisten fast ein Drittel ihrer vorjährigen Stimmzahl einbüßten.

Metallarbeiter u. -Arbeiterinnen

beijacht morgen, abends 1/8 Uhr, reßlos die Bezirks- und Branchen-Versammlungen.

Lokale:

Westen: Deutsches Haus. — Osten: Albergarten.
Norden: Schillerschloßchen. — Zentrum: Cysium.
Sämtliche Branchen im Volkshaus.

Das fehlt gerade noch

Ein Gesundheitsbuch für Arbeiter!

Im Reichsarbeitsblatt behandelt Prof. Arnold Durig, Wien, in einem Aufsätze „Flieharbeit und Arbeiter-schutz“ die Eigentümlichkeiten der Flieharbeit in bemerkenswerter Weise. Er stellt fest, daß ein abschließendes Urteil über den gesundheitschädigenden Charakter der Flieharbeit noch nicht gegeben werden kann. Alles hänge davon ab, einen gewissen Ermüdungspunkt nicht zu überschreiten. Es dürften keine Ermüdungsgrade verbleiben, die langsam aber sicher die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit des Arbeiters zerstören dürften. Er sagt unter anderem:

„Es ist darum dringend nötig, daß wir uns soweit als möglich Rechenschaft darüber ablegen, ob die andersartigen Arbeitsbedingungen günstig oder nachteilig auf die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit zu wirken vermögen, inwieweit sie die Gefahr einer Überermüdung und vorzeitigen Abnutzung des Arbeiters mit sich bringen und trotz ihres betriebsökonomisch durchschlagenden Erfolges doch nicht vielleicht volkwirtschaftlich dadurch unökonomisch wirken, daß sie das Arbeits- und Lebenserwerbsalter weiter zu drücken vermögen.“

Abgesehen davon, daß aus diesen Worten nur eine ökonomische und keine soziale Betrachtung der Lohnarbeit spricht, fährt er dann an anderer Stelle fort:

„Hierfür kann die obligatorische Einführung eines Gesundheitsbuches oder Gesundheitspasses dienen. Gleich einem Arbeitsbuch hätte ein solches den Menschen zum mindesten von seiner Schulenkassette an zu begleiten. Es hätte die wichtigsten Daten über die somatische (körperliche) Entwicklung, über Körperbau, Gesundheitszustand und durchgemachte Anfälle und Erkrankungen zu enthalten, die im Zusammenhang mit den Daten über Beruf, Arbeitszeit, Arbeitsart und Berufswechsel einen Einblick in die Beziehung zwischen Berufsarbeit und Gesundheit, körperliche Entwicklung, Erkrankungshäufigkeit, Lebens- und Arbeitsalter geben würden.“

Wir wissen nicht, ob hier die Weltfremdheit des Gelehrten oder, was wahrscheinlicher ist, das unbewußte Klasseninteresse den Herrn Professor zu solch sonderbaren Forderungen verleitet. Mit Mühe und Not ist das ungeliebte Arbeitsbuch aus dem Leben der erwachsenen Arbeiter gedrängt worden, da es ein Generalstreikbrief für denselben war. Mit grauenhaftem Entsetzen erinnert sich jeder der Schlachtichmysterien der Rekrutierungsbureau. Nun soll dem Unternehmer ein Mittel in die Hand gegeben werden, sich „vollwertige“ Menschenware auszusuchen. Die Sklavenmärkte entstehen vor uns in neuer Form.

Das Gesundheitsbuch des Arbeiters antwortet auf alle Fragen, die ein Unternehmer in Hinblick auf die körperliche Brauchbarkeit des Arbeiters stellen kann vom Tage der Schulenkassette ab mit rückwärtslofer Radtheit. Solange wir noch in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung leben, müssen alle derartigen Versuche, Gesundheitsbücher zu führen, zu einer Auslese der gefundenen Arbeiter und zur Auslösung der schwächeren führen. Nur in einer sozialistischen Gesellschaft können solche Untersuchungsmethoden aus einem Mißbrauch für die von ihnen Betroffenen zum Segen werden, da dann jeder nach seinen Fähigkeiten und Kenntnissen beschäftigt werden wird. Uns geht aber das Gesundheitsbuch beschaffen zu wollen, wo die Arbeitslosigkeit erschreckend hoch, die Versorgung niedrig ist, das fehlt gerade noch. Soko.

Gaujugendaussprache des SdA

Am 4. und 5. Februar waren die Vertreter der Jugendgruppen des SdA aus dem Gaugebiet Westsachsen in Leipzig versammelt, um über wichtige Fragen der Jugendarbeit zu beraten. Zuerst erstattete Gaujugendleiter Bauer, Dresden den Bericht über die Jugendarbeit des letzten Jahres. Nachdem er die wirtschaftliche Lage der kaufmännischen Jugend und das Wirken des SdA auf sozialpolitischem Gebiete behandelt hatte, berichtete er über den organisatorischen Stand der Bewegung. Wehngleich auch Fortschritte erzielt worden sind, bleibt doch viel zu tun übrig. Sodann berichtete der Gauleiter Dachselt, Leipzig über die Reuegliederung der Gaujugendarbeit auf Grund der Beschlüsse des Verbandstages vom letzten Jahre. In grundsätzlichen Ausführungen nahm der Leipziger Jugendleiter Fromm zu den Fragen der Werbe- und Bildungsarbeit Stellung. In der anschließenden Aussprache wurden diese Ausführungen nach der praktischen Seite in wertvollen Anregungen ergänzt. Danach wurden noch die erforderlichen Vorbereitungen zum Reichsjugendtag in Frankfurt am Main Pfingsten d. J. getroffen. Die Neuwahl der Gaujugendleitung bildete den Abschluß der arbeitsreichen Tagung.



in Meisterstück

im besten Sinne des Wortes ist unsere OBERST in „neuer Arbeit“ geworden. Der auf mehrmonatiger Orientreise erfolgte Tabakeinkauf durch den Chef unseres Hauses bildete die Grundlage, auf der das Werk entstand. Doch alle Bemühungen wären unzureichend gewesen, wenn uns nicht bis zum jüngsten Lehrsing hinauf jener Wille zu höchster Leistung durchdrungen hätte, der — gopaart mit fachlichem Können — allein ein Meisterstück gesungen läßt. —

ASTOR-HAUS
6 M

OBERST 5 M

BLAU PUNKT
8 M

„NEUE ARBEIT“

A. KUSCHE

Die Standard-Marken der Waldorf-Astoria

